

---

*Hartmut Rübner*

## **Kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen und Forschungsschwerpunkte. Erster Teil\***

Für das Scheitern der Arbeiter/innenbewegung vor dem „Dritten Reich“ und die Errichtung des NS-Regimes ist von namhaften Historikern explizit der parteiförmige Kommunismus verantwortlich gemacht worden. Hans-Ulrich Wehler etwa konstatierte eine „unerschütterliche Borniertheit“ der KPD, die „auf ihre Weise“ zur Zerstörung der ersten deutschen Republik beigetragen habe.<sup>1</sup> Bei der einseitigen Schuldzuweisung an die Adresse der radikalen Linken sollte aber nicht die Gesamtperspektive aus dem Blick geraten. Was die Sozialdemokratie und die ihr verbundenen Gewerkschaften angeht, wird die Verantwortung für die ausbleibende Abwehr des Nazismus gewöhnlich deren Basis zugeschoben. Die Massenerwerbslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise und die damit einhergehenden miserablen Lebensbedingungen hätten das gemäßigt linke Lager nachhaltig demoralisiert. Deshalb seien dessen Anhänger/innen – ungeachtet der fortschreitenden Aushöhlung der Demokratie – in Passivität und Apathie verfallen.<sup>2</sup> Tatsächlich waren in Anbetracht der aufziehenden Diktatur weder die Spitzen der SPD noch

---

\* Teil 2 des Forschungsberichts wird in Heft 36 der Sozial.Geschichte Online (erscheint im Herbst 2023) veröffentlicht werden.

<sup>1</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 541. Inwieweit diese seit 1930/31 noch formaldemokratischen Ansprüchen genüge, ist eine ganz andere Frage. Seitdem der V. und VI. Reichstag am 4.6.1932 bzw. am 12.9.1932 jeweils aufgelöst worden war, existierte faktisch kein funktionierendes Parlament mehr.

<sup>2</sup> So z. B. Heinrich August Winkler, *Requiem für eine Republik*. Zum Problem der Verantwortung für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie, in: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994, S. 54–67, hier S. 62.

jene der ihnen nahestehenden Gewerkschaften erkennbar darum bemüht, den ihnen gemeinsamen Imperativ des Legalismus, ihre Tolerierungspolitik sowie ihr „statisches Integrationsdenken zu überwinden“.<sup>3</sup> Weil Letzteres ebenfalls nicht selten für die Geschichtswissenschaft zutrifft, sollen im Folgenden aber nicht einmal mehr die jeweiligen historischen Schuldanteile der Akteure gegeneinander aufgerechnet werden. Es geht vielmehr um eine Bestandsaufnahme der Forschung zum Thema, wobei die unterschiedlichen Methodenzugänge – Totalitarismustheorie, Politikwissenschaft, Zeithistorie und Sozial- und Kulturgeschichte – reflektiert und hinsichtlich ihres Erklärungspotenzials ausgelotet werden sollen. In Anbetracht der Fülle an Publikationen können dabei nur wesentliche Schneisen gezogen werden. Daher sind Auslassungen und Lücken im Hinblick auf die Sekundärliteratur kaum zu vermeiden. Doch selbst in der Beschränkung auf das Grundlegende zeigt sich, dass innovative Ansätze in der jüngsten Zeit nicht mehr weitergeführt worden sind und die Fachdiskussion nach wie vor einem Lagerdenken verhaftet bleibt.

## **Totaler Kommunismus?**

Es ist nicht zu übersehen: Seit dem letzten Veröffentlichungsschub in den 1990er Jahren füllen die wissenschaftlichen Publikationen zum Kommunismus in Deutschland einige Regalmeter. Bis zum Ende des Systemkonflikts 1989/90 hatte die Geschichts- und Politikwissenschaft in West und Ost in der Regel entweder Gegnerforschung oder Herrschaftslegitimation betrieben. Obschon die überkommenen Konfliktlinien seit dem Mauerfall realgeschichtlich überwunden schienen, war doch weiterhin eine Tendenz hin zu normativen Deutungsmustern wahrnehmbar, die im weitesten Sinne auf eine Renaissance der Totalitarismustheorie hinauslief. Auch wurde vor einer kommunistischen Kon-

---

<sup>3</sup> Karl Heinz Roth, *Der Untergang der freien Gewerkschaften 1933*, in: Arno Klönne / ders. (Hg.), *Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung*, Hamburg 2003, S. 273–279, hier S. 276; auch Timothy Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, 2. Aufl., Opladen 1978, S. 96 f.

taminierung der „SED-Nachfolgepartei“ durch deren diktatorische Herkunftsbezüge und Traditionsbestände gewarnt.<sup>4</sup> Im Nachgang der ideologischen Grabenkämpfe des Kalten Kriegs sah sich eine renommierte Riege unter den westdeutschen Historiker/innen schlechterdings außerstande, ihre gängigen Feindprojektionen aufzugeben. Abermals in den Jargon der ideologischen Gegnerforschung verfiel Hans-Ulrich Wehler, als er im Duktus offenbar unbefriedigter Rachegefühle mit dem Verweis auf den „kommunistischen Linkstotalitarismus“ die wohl rhetorisch gemeinte Frage stellte: „Warum bloß hat die erste deutsche Republik diesen fundamentalistischen Todfeind nicht mit allen verfügbaren Mitteln auszuschalten versucht?“<sup>5</sup> – gerade so, als sei die Eliminierung seiner Anhänger/innen seinerzeit nicht auf denkbar rigorose Weise exekutiert worden.<sup>6</sup>

Andreas Wirsching zufolge befand sich die Weimarer Republik zeit ihrer Existenz in einem Zustand „totalitäre[r] Spannung“, die dem „bürgerlichen Sekuritätsbedürfnis“ zuwiderlief. Darauf hätten die „bürgerlich mittelständischen Milieus“ 1918/19 unter Einsatz des „genuin bürgerlichen Notwehr- und Ordnungskonzeptes“ der „wehrhaften Demokratie“ reagiert. „Wehrhafte Demokratie“ sei gegen die „links-extreme[n] Gewaltpolitiker“ (hauptsächlich jene der KPD) auch konsequent „durch die staatlichen Organe umgesetzt worden“.<sup>7</sup> Einmal mehr plädiert Wirsching für „eine strikt totalitarismustheoretische

<sup>4</sup> Sigrid Koch-Baumgarten, Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der Weimarer Republik?, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im Folgenden: IWK), 34 (1998), S. 82–89, hier S. 89; Dieter Nelles, Neuere Studien zur Geschichte des deutschen und internationalen Kommunismus, in: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau, 30 (2007), 1 [54], S. 47–54, hier S. 48.

<sup>5</sup> Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4 (wie Anm. 1), S. 538 u. S. 909.

<sup>6</sup> Explizit dazu: Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017; Dietmar Lange, Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und März-kämpfe in Berlin 1919, Berlin 2012.

<sup>7</sup> Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 40), München 1999, S. 616. Dass dies und wie dies geschah, dürfte zu diesem Zeitpunkt der Forschung allenthalben bekannt gewesen sein. Im Zusammenhang der Niederschlagung der Rätebewegung wurden die Umstände unlängst noch einmal in allen Details dargestellt. Dazu die Hinweise in Anm. 6.

Perspektive, die zwar die Interdependenz und partielle innere Verwandtschaft zwischen Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus aufweist, zugleich aber auch ihre feindliche Äquidistanz zur liberalen Demokratie betont“.<sup>8</sup> Denn die Forschung habe „das autochthone antidemokratische Gewaltpotential der Kommunisten“ völlig unterschätzt. Der „antifaschistische[.] Verteidigungsreflex“ der Akteure sei mehr Legende als historische Realität. Aber deshalb gleich „die Gewalt der SA als notwehrhafte Gegenreaktion gegen kommunistischen Terror“ zu interpretieren, erscheint Wirsching dann doch zu kurzschlüssig.<sup>9</sup>

Zu einem ganz anderen Schluss kommt eine vergleichende Untersuchung über die politische Gewalt in der Weimarer Republik. Ihr zufolge hat der physische Konfliktaustrag der links-rechten Kontrahenten seit 1921 die Form eines „ritualisierten Terrainkampfes“ angenommen und sich infolgedessen sukzessive zu einem „ubiquitären, aber nicht unkontrollierbaren Phänomen“ entwickelt.<sup>10</sup> In dieser fixen Frontkonstellation wird die extreme Rechte als die „wesentliche treibende Kraft“ ausgemacht. Dagegen habe sich die Linke in Gestalt der KPD wegen ihrer „Dauerschwäche“ nur mehr reaktiv verhalten können.<sup>11</sup> Zu keinem Zeitpunkt habe in der Weimarer Republik die Gefahr eines Bürgerkrieges oder gar eines Umsturzes von links bestanden.<sup>12</sup> Eben darauf insistieren solche Darstellungen, die – mit Bezugnahme auf Ernst Nolte –, das

---

<sup>8</sup> Andreas Wirsching, „Kommunistischer „Antifaschismus“ in Berlin und Paris zwischen den Weltkriegen, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.), *Anpassung – Verweigerung – Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich*, Berlin 1997, S. 201–219, hier S. 209.

<sup>9</sup> Ebd. Der Verweis auf die angebliche Notwehr der SA bezieht sich auf eine Kernaussage von Christian Striefler, *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik*, Berlin 1993.

<sup>10</sup> Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001, S. 359.

<sup>11</sup> Ebd., S. 11 u. 286.

<sup>12</sup> In Anbetracht der „harten“ Indikatoren, nämlich jener der Opfertoten, rät Detlef Lehnert dazu, die politische Gewaltkonfrontation am Ende der Weimarer Republik nicht zu überschätzen. Ders., *Die politische Konfrontation zwischen SPD und KPD im Jahr 1932 – ursächlich für „1933“?*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 70 (2022), 9, S. 709–728, hier S. 713 f.

„Bürgerkriegsparadigma“ der späten Weimarer Republik im Wirkungszusammenhang einer „fundamentale[n] ideologische[n] Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus“ kontextualisieren.<sup>13</sup> Das von der KPD seinerzeit ausgehende Gefahrenpotenzial für die parlamentarische Demokratie wird darin weit höher gewichtet. Zwar hätte die republikfeindliche Linkspartei seit 1918/19 konsequent auf den Bürgerkrieg hingearbeitet, nur wäre sie als soziale Bewegung und politische Kraft eben letztlich der NSDAP unterlegen.<sup>14</sup>

Inwiefern stimmte also eine angeblich derart vehement ausgetragene Konfrontation zwischen Links und Rechts bei einer identischen Stoßrichtung gegen „Weimar“ mit den programmatischen Vorgaben kommunistischer Observanz überein? Nach der auf dem VI. Weltkongress der *Kommunistischen Internationale* (Komintern) im Jahr 1928 aufgestellten Prognose, dass im Zuge der kommenden ökonomischen Krise eine neue Welle des Klassenkampfes einsetzen werde, gab die Zentrale in Moskau einen Leitsatz der kommunistischen Taktik vor, der politische Kampagnen in den Parlamenten und wirtschaftliche Streiks in den Betrieben mit „revolutionären Massendemonstrationen“ auf den Straßen verkoppelte, um auch die bis dato unorganisierten Anteile der Arbeiter/innenschaft und der bedrängten Mittelschichten für einen revolutionären Umsturz zu mobilisieren.<sup>15</sup> Überzogen wäre indes die

Meinung, die KPD bereite systematisch einen Umsturz vor, [...] ein groteskes Mißverständnis jener ultralinken ‚Generallinie‘ der Komintern, die zwar auf wachsende Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaft abzielte, nicht aber auf die konkrete Organisation einer kommunistischen Revolution. Ein solche stand für Stalin erst dann auf der Tagesordnung, wenn die Sowjetunion stark genug war, der Umwälzung ihren Stempel aufzudrücken. Soweit war der „Aufbau des Sozialismus“ in

<sup>13</sup> Dirk Blasius, *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*, Göttingen 2005, S. 12.

<sup>14</sup> Ebd., S. 18, 24, 28, 55 u. 57.

<sup>15</sup> Vgl. Nicholas N. Kozlov / Eric D. Weitz, *Betrachtungen über die Ursprünge der „Dritten Periode“: Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik*, in: Theodor Bergmann / Mario Keßler (Hg.), *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943)*, Mainz 1992, S. 123–142.

*seinem* Lande Anfang der dreißiger Jahre noch nicht gediehen, daß Stalin eine deutsche Revolution mit allen ihren mutmaßlichen internationalen Folgewirkungen hätte wollen können. Die revolutionäre Rhetorik der deutschen Kommunisten war, so gesehen, objektiv scheinradikal.<sup>16</sup>

Stattdessen rückte das Konzept des politischen Massenstreiks stärker in den Fokus innerparteilicher Diskussion. Der kämpferische Duktus der Propaganda und die daraus folgende Praxis der Parteianhänger/innen waren primär gegen die Staatsgewalt gerichtet. Nachdem der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident, Karl Friedrich Zörgiebel, alle kommunistischen Massenkundgebungen (mit Ausnahme von Saalveranstaltungen) zum 1. Mai 1929 verboten hatte, entluden sich Spannungen in der Reichshauptstadt. Ungeachtet der behördlichen Verfügung hatte die KPD zur Beteiligung an Straßenprotesten aufgerufen, wobei die Teilnehmer/innenzahl von etwa 25.000 Personen (etwa 50.000 im übrigen Land) weit hinter den Erwartungen zurückblieb.<sup>17</sup> Als die staatlichen Ordnungskräfte die Menschenansammlungen mit unverhältnismäßiger Gewaltanwendung zerstreuten, errichteten offenbar „wilde Cliques“ zusammen mit der kommunistischen Parteijugend im Wedding und in Neukölln improvisierte Barrikaden. Daraufhin schlug die militariserte Schupo die spontanen Proteststreiks mit dem Einsatz von Panzerwagen und Maschinengewehren gewaltsam nieder. Dabei kamen 33 Demonstranten und Unbeteiligte zu Tode, 200 Personen wurden verletzt.<sup>18</sup> Außerdem wurden über 1.200 Verhaftungen gezählt, die kommunistische Presse mehrere Wochen verboten, die paramilitärische Vorfeldorganisation der KPD, der *Rote Frontkämpferbund*, auf Dauer.<sup>19</sup> Die

---

<sup>16</sup> Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933* (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts; Bd. 11), Berlin / Bonn 1987, S. 277.

<sup>17</sup> Mitte-Museum (Hg.), *Berliner Blutmai 1929. Eskalation der Gewalt oder Inszenierung eines Medienereignisses?*, Berlin 2009, S. 13; Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence*, Cambridge u. a. 1983, S. 34.

<sup>18</sup> Unter den mehrheitlich unbeteiligten Todesopfern befand sich der am Fenster seiner Wedding-er Wohnung von einer Polizeikugel tödlich getroffene Sozialdemokrat Max Gemeinhardt.

<sup>19</sup> Thomas Kurz, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin 1988; Léon Schirmann, *Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahr-*

rigorose Repression einer ebenso symbol- wie traditionsbehafteten Kundgebung weckte Erinnerungen an die Freikorpsmassaker in der Anfangszeit der Republik. Sie ließ erahnen, wie die uniformierte Staatsgewalt künftig ähnliche Konflikte mit der radikalen Linken angehen würde.

Nach dem Debakel vom Mai 1929 verlagerte sich die gegen die Staatsgewalt gerichtete Frontstellung verstärkt hin zu den Nationalsozialisten, konkret jene in Gestalt der SA-Formationen. Dies unter der handlungsleitenden Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ Weil die teilweise bewaffnet ausgetragenen Zusammenstöße nun alltäglich wurden, in ihrer Gewaltförmigkeit fortwährend eskalierten und in den Versammlungslokalen wie auf den Straßen immer neue Todesopfer forderten, ging die Parteileitung ab Mitte Juli 1930 auf Distanz zum militanten Antifaschismus, der sich zunehmend jenseits ihrer Kontrolle ausagierte.<sup>20</sup> Unter dem Druck der Komintern rückte das Zentralkomitee (ZK) der KPD – wohl auch, um einer Illegalisierung zu entgehen – vom „physischen Kampf“ ab. Eigeninitiierte Schlägereien mit politischen Gegnern und Angriffe auf die Polizei galten fortan als parteifeindlicher Akt: eine Kehrtwende, die an der aktivistisch eingestellten Basis Irritationen hervorrief und selbst in Teilen der Parteiführung auf Unverständnis stieß. Je mehr sich die Bekämpfung der wachsenden NS-Bewegung an Gefährlichkeit zuspitzte, desto mehr spreizte sich die Kluft zwischen dem auf den Fortbestand des legalen Status bedachten Zentralkomitee der KPD und den aktivistischen Anteilen ihrer Mitgliederbasis. In den Parteiformationen, so die Befürchtung der Parteispitze, könnten womöglich eigenmächtige Gewaltaktionen mehr und mehr das Handeln bestimmen, infolgedessen könnte sich die Basis verselbstständigen. Anzeichen dafür seien bereits erkennbar „im Entstehen terroristischer Stimmungen, der Anwendung von Einzelterror gegen die Faschisten, in der Durchführung von sinnloser Einzelaktionen und bewaffneter Einzelüberfälle, in abenteuerlichen Spielereien mit Spreng-

heit, Berlin 1991.

<sup>20</sup> Rosenhaft, *Beating the Fascists?* (wie Anm. 17), S. 26 f. u. S. 34.

stoff“ – eine „ernste Gefahr“ und „ein Bruch mit der Parteidisziplin“. <sup>21</sup> Auf Anweisung Stalins gab die Parteileitung schließlich am 10. November 1931 eine Direktive gegen den „individuellen Terror“ aus. Mit Ausnahme des „proletarischen Massenselbstschutzes gegen faschistische Überfälle“ war demnach jedes offensive Vorgehen gegen die SA untersagt. <sup>22</sup>

Dass größere Teile der Mitglieder die Beschlussfassung der Parteiführung der KPD ignorierten und ihren aktionistisch-konfrontativen Antifaschismus fortsetzten, ist auf ein grundsätzliches Kommunikationsproblem bei der Vermittlung von spezifischer Analyse, Taktik und Alltagserfahrung im kommunistischen Milieu zurückgeführt worden. <sup>23</sup> Denn

für viele Kommunisten war der „wehrhafte Kampf“ Ende 1931 zum Kampf gegen die unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben geworden, in dem mit jeder neuen Konfrontation mehr auf dem Spiel stand. Das Problem war die SA, die Lösung ihre Beseitigung – mit den einfachsten, wirksamsten und vertrautesten Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen. <sup>24</sup>

Diese ebenso reale wie alltägliche Bedrohungssituation ist von der Forschung unterschiedlich interpretiert worden. Im Vergleich zu den milieu- und sozialgeschichtlich orientierten Forschungsansätzen hat sich die auf politische Gewalt und das Normativ des „pluralistischen Systems“ der parlamentarischen Demokratie abstellende Totalitarismusforschung für die historische Forschung eher als erkenntnistheoretische

---

<sup>21</sup> Beschluß des Zentralkomitees der KP Deutschlands, 10.11.1931, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der KPD, 14 (1931), Nr. 206 v. 13. November, S. [1].

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Conan Fischer, *The German Communists and the Rise of Nazism*, Basingstoke / London 1991, S. 115 ff.

<sup>24</sup> Eve Rosenhaft, *Die KPD in der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, 1919–1933*, in: Wolfgang J. Mommsen / Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Gruppen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 394–440, hier S. 421. Vgl. auch: Bert Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933* (= *Studien zur Zeitgeschichte*; Bd. 74), München 2007, S. 141–155 sowie Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?* (wie Anm. 7), S. 581 ff.

Barriere denn als fruchtbare Grundlage erwiesen; dies jedenfalls, sofern *der* Kommunismus nicht als soziale Bewegung *sui generis* wahrgenommen wird. Spätestens dann, wenn die demokratischen Strukturdefizite der frühen und der späten Weimarer Verfassungswirklichkeit ausgeblendet und die Verantwortlichkeiten für das Scheitern des parlamentarischen Betriebs ausschließlich an die Akteure an den politischen Rändern ausgelagert werden sollen, tritt mit aller Deutlichkeit die Unzulänglichkeit des antitotalitären Ansatzes zutage. Die durch formaldemokratische Engführungen bedingten Limitationen ihrer Perspektive – ein eklatanter Mangel an Analyse und ein Übergewicht von normativ gefilterter Deskription – lassen sich selbst mittels komparativer Perspektiverweiterung wie etwa durch einen Ländervergleich oder mittels der Einbeziehung sozialstatistischer Fakten kaum überwinden. Dies gilt umso mehr, wenn die normativen Urteile ohnehin von Beginn an feststehen und es nur mehr der Indikatoren zur Bestätigung vorangestellter Thesen bedarf.

Ein profundes Beispiel dafür, wie ein selektives Interpretationsschema in eine Sackgasse führt, gibt die Studie über das Gesamtphänomen „linker Antiparlamentarismus“ ab. Darin zitiert der Verfasser ein Sammelsurium markanter Aussagen aus dem Arsenal des disparaten linksradikalen Lagers, darunter Anarchisten, Linkssozialisten und Stalinisten, mit der Absicht, daraus eine extremistische Grundsubstanz zu destillieren, die dann als Amalgam eines gegendemokratischen Antiparlamentarismus präsentiert wird.<sup>25</sup> Dies zur Untermauerung der Behauptung, mit ihrer Ablehnung der demokratischen Regularien hätten das linke wie das rechte Lager gleichermaßen die Weimarer Republik absichtsvoll zerstört, woraus eine gemeinsame Verantwortung für die NS-Diktatur

<sup>25</sup> Die Bezeichnung „Linksradikalismus“ geht auf Lenins Invektiven gegen jene Strömungen der internationalen Arbeiter/innenbewegung zurück, die von den Leitlinien der Komintern insbesondere in Bezug auf die Beteiligung an den Parlamentswahlen sowie die Mitarbeit in den „reformistischen“ Gewerkschaften abwichen. Adressiert waren Anarchismus, Syndikalismus, Unionismus sowie der Räte- bzw. Linkskommunismus. Linke innerparteiliche Fraktionen in der KPD wurden hingegen als „Ultralinks“ etikettiert. Als „linke Zwischengruppen“ werden dagegen vor allem solche Gruppierungen ausgewiesen, deren Programmatik sich zwischen jenen der SPD und KPD einordnen lässt (etwa SAPD, KPO, Rest-USPD und der Internationale Sozialistische Kampfbund).

resultiere.<sup>26</sup> Entgegen dieser simplifizierenden Links-Rechts-Gleichsetzung kommt der Ländervergleich von Petra Weber – der, einer „politischen Sozialgeschichte“ verpflichtet, die sozialpolitische und arbeitsrechtliche Fundierung in den Blick nimmt sowie einen Schwerpunkt auf industrielle Konflikte setzt – zu ausgewogeneren Befunden; insbesondere, was das dialektische Verhältnis von staatlicher und politischer Gewalt anbelangt.<sup>27</sup> Weber zufolge ließen die

zeitweiligen bürgerkriegsähnlichen Zustände und die wirtschaftliche Katastrophe, die bei jeder größeren Streikbewegung drohte, [...] die Regierenden in Deutschland, einschließlich der Sozialdemokratie, Zuflucht zu einem Ausnahmezustand in Permanenz nehmen, währenddessen das Militär wieder die Rolle der innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnungsinstantz übernahm.<sup>28</sup>

Die bis dahin systemstabilisierend wirkende „Sozialpartnerschaft“ sei in der Endphase der Weimarer Republik an der intransigenten Haltung der Unternehmer zur Durchsetzung von Lohnsenkungen und der Regierungen, die ihnen dabei mittels Notstandsverordnungen sekundierten, gescheitert. Im Ergebnis hätten die verhängnisvollen „politischen Weichenstellungen“, unter anderem der Abbau des Sozialstaates im Zuge der „Notverordnungen“ in der Weltwirtschaftskrise, letztlich in die Diktatur geführt.<sup>29</sup>

---

<sup>26</sup> Ricardo Bavaj, Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005. In denunziatorischer Manier hat sich der Autor überdies den Biographien exponierter linksradikaler Literaten und Künstler genähert. Ders., „Die bestehende Welt restlos mit Gewalt beseitigen“. Der Künstler Franz W. Seiwert und sein Kampf gegen den Weimarer Staat, in: Geschichte im Westen, 22 (2007), S. 41–65; Ders., Linkskommunistischer „Gemeinschaftsrhythmus“ als antibürgerliche Herausforderung. Franz Jungs lebensideologisches Denken während der Weimarer Republik, in: Jahrbuch zur Kultur und Literatur der Weimarer Republik, 10 (2005/2006), S. 101–130; Ders., Lebensideologischer Kommunismus als Alternative. Heinrich Vogelers Utopie vom „neuen Leben“ im Krisendiskurs der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 55 (2007), 6, S. 509–528.

<sup>27</sup> Petra Weber, Gescheiterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik. Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39) (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 77), München 2010, S. 3 u. S. 1101 ff.

<sup>28</sup> Ebd., S. 1001.

<sup>29</sup> Ebd., S. 1110.

## Sozialfaschismus-Doktrin

Als ein wesentlicher Indikator für den antidemokratischen Totalitarismus der KPD gilt die wohl erstmals im Januar 1924 von dem Vorsitzenden der Komintern, Grigori Sinowjew, formulierte „Sozialfaschismus“-These, welche die Sozialdemokratie als den „linken Flügel des Faschismus“ einstufte.<sup>30</sup> Eine prioritäre Referenz bei der politischen Feindbestimmung erhielt die Sozialdemokratie spätestens seit dem Sommer 1929, als das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) auf ihrem 10. Plenum im Rahmen der „Klasse-gegen-Klasse“-Strategie jedwede Form einer Einheitsfront zwischen der KPD und der SPD mit dem Argument verwarf, die Sozialdemokratie sei zu einem „grundlegenden Träger der faschistischen Diktatur“ geworden:

An dieser Behauptung war immerhin zutreffend, dass die SPD tatsächlich *die* staatstragende Partei der Weimarer Republik darstellte. Da die tatsächlich faschistischen und völkischen Parteien seit dem Scheitern des Hitlerputsches im Jahre 1923 in der parlamentarischen Öffentlichkeit kaum eine Rolle gespielt hatten, störte es die Kommunisten nicht, mit dem Begriff ‚Faschismus‘ wenig differenziert zu agieren.<sup>31</sup>

Die Beschlusslage der Komintern in dieser Beziehung war fernerhin keine Folge innersowjetischer Fraktionskämpfe oder praktischer Umsetzungsprobleme bei der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft, wie vielfach unterstellt worden ist. Vielmehr stand dahinter die taktische Absicht, die sozialdemokratische Parteispitze zu diskreditieren, um sie der Basis zu entfremden und darüber hinaus die sozialdemo-

<sup>30</sup> In der Komintern und auch in der KPD stieß die „Sozialfaschismus“-These zu diesem Zeitpunkt auf Kritik und wurde insofern 1924/25–1928 nicht kanonisiert. Vgl. Leonid Luks, *Kommunistische Faschismusanalyse zwischen dem IV. und dem V. Kongreß der Komintern (1922–1924)*, in: Helga Grebing / Klaus Kinner (Hg.), *Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung*, Essen 1990, S. 78–93, hier S. 88 f.; Bernd Faulenbach, *Zur Rolle von Totalitarismus- und Sozialfaschismus-„Theorien“ im Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (im Folgenden: JHK), 2004, S. 98–110.

<sup>31</sup> Hoppe, In Stalins Gefolgschaft (wie Anm. 24), S. 163.

kratische Dominanz in den Freien Gewerkschaften aufzusprengen.<sup>32</sup> Dabei sollte die Abwanderung der sozialdemokratischen Mitgliederbasis zur Ausweitung der kommunistischen Anhänger/innenschaft beitragen und dadurch die „Einheitsfront der Arbeiterklasse“ unter kommunistischer Schirmherrschaft herstellen, was letzten Endes auf die Zerschlagung der SPD als Organisation hinauslief. Auf ihrem 12. Parteitag (9. bis 16. Juni 1929) sanktionierte die KPD die vom EKKI kurz zuvor proklamierte „Sozialfaschismus“-Doktrin unverzüglich. Bei dieser Gelegenheit hielt der Parteivorsitzende Thälmann sinngemäß fest, dass mit der aufziehenden Weltwirtschaftskrise eine (dritte) Periode des revolutionären Aufschwungs beginne, in der alle nicht-revolutionären Kräfte eine feste Front der Reaktion bilden würden – außenpolitisch in Richtung gegen die Sowjetunion, in wirtschaftlicher Hinsicht gegen die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern.<sup>33</sup> Weil die deutsche Sozialdemokratie hierbei als ausführendes Organ fungiere, welches die Interessen der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterklasse re-

---

<sup>32</sup> Andreas Dorpalen, SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (im Folgenden: VfZ), 31 (1983), 1, S. 77–107, hier S. 80. Die indifferente Haltung der „SPD-Führer“ bot der KPD dafür Ansatzpunkte. Etwa wenn sie in der Frage der Fürstenenteignung im Oktober 1926 vorgeblich den Forderungen der Basis nachkam, in der Realität aber „eine Kombination revolutionär klingender Phrasen in der öffentlichen Debatte und steter Kompromissuche an Verhandlungstischen“ verfolgte. Stephan Malinowski, Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration, Berlin 2021, S. 163–167, S. 166 zitierend.

<sup>33</sup> Nach der auf dem VI. Weltkongress der Komintern vom 17. Juli bis 1. September 1928 vorgestellten Lagebeurteilung war nach der revolutionären Phase bis 1923 und der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ab 1924 zu diesem Zeitpunkt eine „dritte Periode“ eingetreten, welche durch wirtschaftliche und politische Erschütterungen der kapitalistischen Länder Europas und der Kolonien gekennzeichnet war. Damit gehe eine wachsende Kriegsgefahr einher, vor allem die Gefahr eines Überfalls kapitalistischer Länder auf die UdSSR. Vgl. Matthew Worley, Courting Disaster? The Communist International in the Third Period, in: ders. (Hg.), In Search of Revolution. International Communist Parties in the Third Period, London / New York 2004, S. 1–17. Zu den Implikationen für die KPD vgl. Hermann Weber, Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD, in: ders. / Bernhard H. Bayerlein / Jakov Drabkin / Aleksandr Galkin (Hg.), Deutschland, Russland, Komintern: I. Überblicke, Analysen, Diskussionen: Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943), Berlin / Boston 2014, S. 9–125, hier S. 77 ff.

präsentiere, müsse ihr ein fortschrittlicher Charakter grundsätzlich abgesprochen werden.<sup>34</sup>

Als die Nationalsozialisten am 17. September 1929 erstmals mit 13 Abgeordneten in die Berliner Stadtverordnetenversammlung einzogen und das Thema NSDAP expliziter auf die Agenda der Komintern rückte, zeigte sich, dass diese gar „nicht in der Lage war, die genuinen Züge des Nationalsozialismus zu analysieren oder ihn als *eigenständige* Bewegung überhaupt wahrzunehmen“.<sup>35</sup> Stattdessen wurden in erster Linie die politischen Aspekte, konkret: die instrumentellen Funktionen des Faschismus abgewogen. Etwa ob die Einbindung einer wie auch immer gearteten faschistischen Partei in eine Regierungskoalition wahrscheinlich sei und inwieweit sich eine solche dann als „Werkzeug der Bourgeoisie“ gebrauchen lassen könne. Unter diesem Gesichtspunkt rangierte der „Nationalfaschismus“ der NSDAP zu diesem Zeitpunkt, wegen ihrer „antikapitalistischen Elemente“ und ihrer „rebellischen“ Attitüden, deutlich hinter dem vermeintlichen „Sozialfaschismus“ der SPD. Deren Revanche ließ nicht lange auf sich warten. Auf einer sozialdemokratischen Massenveranstaltung im Berliner Lustgarten am 1. August 1930 eröffnete der SPD-Reichstagsabgeordnete Franz Künstler den Wahlkampf gegen die „Reaktion und ihre Helfershelfer, Nazis und Koziš“.<sup>36</sup>

Seit dem Scheitern der Koalitionsregierung unter Kanzler Hermann Müller (SPD) in der Reichstagswahl vom 14. September 1930 teilten SPD und KPD wieder die Oppositionsbänke. Realpolitisch kamen die Sozialdemokraten als die maßgeblichen Steigbügelhalter des Faschismus

<sup>34</sup> Vgl. u. a. Siegfried Bahne, *Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935*, Frankfurt a. M. 1976, S. 12; Hermann Weber, *Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933*, Düsseldorf 1982, S. 18 ff.; James Wickham, *Sozialfaschismus und Spaltung der Arbeiterbewegung: Arbeiter und politische Parteien im Raum Frankfurt 1929/30*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit (im Folgenden: AGWA)*, 5 (1982), S. 27–56, hier S. 40; Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 1: *Weimarer Zeit*, Berlin 1999, S. 71 f. u. S. 77.

<sup>35</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 165.

<sup>36</sup> O. N., *Gegen Krieg und Sozialreaktion!*, in: *Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der SPD*, 47 (1930), Nr. 357, S. [1]–[2], hier S. [2]. In der sozialdemokratischen Presse standen „Koziš“ synonym für „Kommunisten“. Der Suchbegriff „Koziš“ ergibt im Webportal des „Vorwärts“ bis Ende November 1932 Treffer in 70 Ausgaben [<https://fes.imageaware.de/fes/web/>].

kaum mehr in Betracht. Für Hermann Remmele, eines der drei Mitglieder des Politsekretariats und seit 1930 Leiter des *Kampfbundes gegen Faschismus*, avancierte die NSDAP Ende 1929 zum Hauptgegner der linksgerichteten Arbeiterbewegung insgesamt. Als die KPD-Spitze dann aber die erste Notverordnung der neuen Regierung Brüning am 1. Dezember 1930 als den „Beginn der faschistischen Diktatur“ bezeichnete, war für die Komintern der Bogen überspannt.<sup>37</sup> Aus dem Politsekretariat wurden Thälmann und Neumann nach Moskau beordert, um dort von Stalin und der Komintern-Führung zur Revision ihrer als zu weit gehend missbilligten Resolution angehalten zu werden.<sup>38</sup>

Trotz dieser Maßregelung wich die deutsche Parteiführung von ihrer generellen Einschätzung der Situation nicht ab. Alle besonderen Anweisungen der Komintern mit Bezug auf den Faschismus in Deutschland begegnete die Parteispitze mit ostentativem Widerwillen und setzte die dementsprechenden Direktiven bestenfalls halbherzig um. Für die Moskauer Zentrale war das antifaschistische Mobilisierungspotenzial in Deutschland schon von vornherein ausgereizt, wenn man den Kampf gegen die Gestalt annehmende faschistische Herrschaftsform bereits in einem frühen Stadium faktisch bereits verloren gebe „oder aber diese ‚Diktatur‘ als bloße Variante der bisherigen Regierungen“ bagatellisiere.<sup>39</sup> Daher nimmt es kein Wunder, dass eine Parteiumfrage der KPD Anfang 1932 den überaus deutlichen Befund ergab, dass die widersprüchlichen Faschismus- beziehungsweise Diktaturdefinitionen von Komintern- und Parteispitzen die Parteibasis enorm irritiert hatten.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, Köln 1972, S. 23; Ben Fowkes, *Communism in Germany under the Weimar Republic*, London 1984, S. 162 f.

<sup>38</sup> Weil diese aus seiner Sicht die Gefahr einer Machtübernahme der NSDAP unterschätzten, geriet Heinz Neumann (1902–1937) seit 1931 mit Stalin und Thälmann aneinander. In den fraktionellen Auseinandersetzungen unterlag er im April 1932, wurde im Oktober 1932 von seinen Funktionen entbunden und verlor im November 1932 auch sein Reichstagsmandat. Vgl. Hermann Weber / Andreas Herbst, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, S. 531–533.

<sup>39</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 172.

<sup>40</sup> Demnach gaben von 1.000 befragten Funktionären nur fünf Prozent eine im Verständnis der Parteiführung korrekte Antwort. Vgl. ebd., S. 173.

Womöglich kam in der „schlichten Dichotomie von Weimarer System und zukünftigem Sowjetdeutschland, parteipolitisch umgesetzt: von ‚Sozialfaschismus‘ und Kommunismus“ durchaus die „Motivation der kommunistischen Massen, einer eher ‚linken‘ Parteilinie zu folgen“, zum Ausdruck. Vielfach waren es junge Erwerbslose, deren Wut – über den im Rahmen der Notverordnungen forcierten Abbau der Sozialfürsorge, über die zunehmende staatliche Repression wie die damit einhergehende antikommunistische Rhetorik führender Politiker – sich schließlich an die Adresse führender Sozialdemokraten richtete. Effektiv funktionierte das „Sozialfaschismus“-Konstrukt als Propaganda, indem es eine Kampfpapare mit substanziellen Inhalten auflud und zugleich an die Erfahrung einer sozialen Binnendifferenzierung in der Arbeiterklasse anknüpfte.<sup>41</sup> Dabei entwarf es eine konkrete Angriffsfläche und benannte Adressaten für ein Konfliktverhalten, das sich in zunehmendem Maß auch als Straßenmilitanz ausagierte.<sup>42</sup> Kurzum: Im kommunistischen Basismilieu bildete das „Sozialfaschismus“-Konstrukt keine abstrakte Leerformel, sondern ein „aus tiefsitzenden sozialen Erfahrungen herausdestilliertes Handlungsparadigma“.<sup>43</sup>

Dass der ultralinke Kurs der Jahre 1928/29 bis 1933 in einer überwiegend von erwerbslosen Mitgliedern getragenen Massenpartei überhaupt verding, dürfte auf zwei Gründe zurückzuführen sein: Wie bereits aus-

<sup>41</sup> Uta Stolle, *Arbeiterpolitik im Betrieb: Frauen und Männer, Reformisten und Radikale, Fach- und Massenarbeiter bei Bayer, BASF, Bosch und in Solingen (1900–1933)*, Frankfurt a. M. / New York 1980, S. 85.

<sup>42</sup> Fundiert: Rosenhaft, *Beating the Fascists?* (wie Anm. 17), S. 32 ff. u. Eric D. Weitz, *Creating German Communism, 1890–1919. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton, New Jersey 1997, S. 160–187. Die in der kommunistischen Publizistik seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre verbreitete „Kampfkultur“ stellte auf eine maskuline Straßenmilitanz ab, die sich von der spontanen Massenmilitanz der Jahre 1918/19 unterschied, argumentiert Sabine Hake, *The Proletarian Dream. Socialism, Culture, and Emotion in Germany, 1863–1933*, Berlin / Boston 2017, S. 259 ff.

<sup>43</sup> Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980, S. 47. Vgl. auch Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 270; Bernd Faulenbach, *Zur Rolle von Totalitarismus- und Sozialfaschismus-„Theorien“ im Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren*, in: Mike Schmeitzner (Hg.), *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2007, S. 119–132, der darauf hinweist, dass die SPD ihrerseits die KPD bereits früh als Wegbereiterin des Faschismus ausgewiesen hatte. Vgl. ebd., S. 122 f.

geführt, diente das Feinddispositiv „Sozialfaschisten“ beziehungsweise „Arbeiterverräter“ als Kampfflosung der in der Wirtschaftskrise pauperisierten Bevölkerungsanteile gegen eine staatstragende Sozialdemokratie. Pejorative Schlagwörter dieser Art verbalisierten einen verbreiteten Zorn und formulierten insofern eine Antwort auf eine von Abstiegsängsten angetriebene Ausgrenzung und Entsolidarisierung innerhalb der Arbeiter/innenschaft; und, unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten, vielleicht mehr noch: eine Reaktion auf den „Haß, mit dem die Sozialdemokratie das Lumpenproletariat verfolgte, sich empört dagegen wandte, mit dieser Paria-Schicht auf eine Stufe gestellt zu werden“.<sup>44</sup> Unter sozioökonomischen Gesichtspunkten war das polarisierte Organisationsverhältnis der KPD/SPD – wie die Fragmentierung der sozialistischen Arbeiter/innenbewegung insgesamt – der Ausdruck eines verschärften Interessengegensatzes „zwischen längerfristig Erwerbslosen und durch erstrittene gewerkschaftliche und interventionsstaatliche Abwehrpositionen nur begrenzt mitbetroffene[n] Beschäftigte[n]“.<sup>45</sup>

Andererseits zeugte die „gouvernementale [...] Orientierung“ der Sozialdemokratie, nämlich ihr Streben, als Volkspartei „zur herrschenden Kraft der Nation zu werden“, von ihrer Identifikation mit einem Staat, der den linksradikalen Bewegungen seit Beginn der Weimarer Republik stets mit exekutiver Gewalt entgegengetreten war.<sup>46</sup> So war die KPD auf Reichsebene vom 23. November 1923 bis März 1924, auf Länderebene teilweise noch darüber hinaus, verboten, in Bayern bis zum Februar 1926. Nach eigenen Angaben wurden 1924 bis Ende April 1925

---

<sup>44</sup> Harold Hurwitz / Klaus Sühl, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945; Bd. II), Köln 1984, S. 52. Vgl. dazu Michael Schwartz, „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: VfZ, 43 (1994), 4, S. 537–570.

<sup>45</sup> Lehnert, Die politische Konfrontation (wie Anm. 12), S. 712; Heinrich Potthoff, Freie Gewerkschaften und sozialistische Parteien in Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte (im Folgenden: AfS), 26 (1986), S. 49–85, hier S. 57; desgl. Heidrun Homburg, Vom Arbeitslosen zum Zwangsarbeiter. Arbeitslosenpolitik und Fraktionierung der Arbeiterschaft in Deutschland 1930–1933, in: ebd., 25 (1985), S. 251–298.

<sup>46</sup> Hurwitz / Sühl, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential (wie Anm. 44), S. 75.

mehr als 7.000 Mitglieder wegen Umsturzeteiligungen verhaftet und mit Gerichtsverfahren überzogen. In 5.768 Fällen ergingen Strafen von insgesamt 969 Jahren Zuchthaus, 2.255 Jahren Gefängnis sowie 233.260 Mark Geldstrafe.<sup>47</sup> Angesichts solcher Fakten lässt sich die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland auch als Repressionsgeschichte begreifen.

Abgesehen davon bleibt das Fazit: Mochte die Sozialdemokratie für aufgebrauchte Deklassierte auch ein fassbares Feindbild abgeben, letztlich blieb die „Sozialfaschismus“-Doktrin jedoch – trotz einer gewissen Popularität hauptsächlich innerhalb der jüngeren KPD-Anhänger/innenschaft (die ältere Generation hingegen entstammte oftmals dem Milieu der Vorkriegssozialdemokratie und war insofern tendenziell eher neutral eingestellt) – praktisch wirkungslos und politisch äußerst kontraproduktiv, weil sie geradewegs in die Isolation führte. Dieses Dilemma war sich die Parteiführung durchaus bewusst. Eben deshalb hielt sie die abstruse „Sozialfaschismus“-Doktrin zwar als Axiom aufrecht, nicht unbedingt aber als handlungsleitendes Paradigma. Den Alltag der KPD-Anhänger/innen bestimmte indes mehr und mehr die verschärfte Konfrontation mit dem immer aggressiver auftretenden Antikommunismus der Nazis, die ihrerseits auch die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen „Marxisten“ nicht verschonten.

Angesichts der sich für die Arbeiter/innenbewegung zuspitzenden Konfrontation mit den Nationalsozialisten musste man wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, dass die Kampfparole „Sozialfaschismus“ nun öfters auf Unverständnis stieß. Im Frühjahr / Sommer 1932 kam es daher erneut zu einer vorsichtigen Kurskorrektur in Richtung einer Politik der „Einheitsfront von oben“. Doch die „von Stalin festgelegte ‚Sozialfaschismus‘-Doktrin [blieb] sakrosankt“ und bekam wieder Priorität, als der „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 (Absetzung der legalen sozialdemokratischen Regierung Preußens durch Reichskanzler Franz von Papen, der dem Reichswehrminister per Notverordnung die voll-

<sup>47</sup> Bernd Kaufmann / Eckhard Reisener / Dieter Schwips u. a. (Hg.), *Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937*, Berlin 1993, S. 112 f.

ziehende Gewalt im Freistaat übertrug) bei Stalin erneut Erwartungen auf einen revolutionären Alleingang der KPD weckte.<sup>48</sup> Der Schlingerkurs der KPD-Führung bezüglich potenzieller Verbündeter sorgte an der Basis abermals für heillose Verwirrung und hinterließ in den Gewerkschaften und linken Kulturorganisationen untereinander verfeindete Lager.<sup>49</sup> Einer gemeinsamen Grundlage für einen antifaschistischen Aktivismus war damit der Boden entzogen. Die Arbeiter/innenbewegung war „nur auf eine gemeinsame Sprache und Rhetorik der proletarischen Öffentlichkeit reduziert; anderes blieb nicht mehr“.<sup>50</sup>

Ein vertracktes Verständnisproblem konnte für die Anhänger/innen der KPD überdies entstehen, wenn die hartnäckige Frontstellung der Parteiführung gegen die Sozialdemokratie mit einer nationalpopulistischen Aufweichung der Grenzen nach rechts einherging.<sup>51</sup> Die mit der instrumentellen Öffnung nach rechts verbundene Bereitschaft zur Kooperation mit der nationalsozialistischen Basis schlug sich durchaus in der Praxis nieder. Etwa in gemeinsamen Streikaktionen der *Revolutionären Gewerkschaftsopposition* (RGO) und der *Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation*.<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Hoppe, In Stalins Gefolgschaft (wie Anm. 24), S. 308.

<sup>49</sup> Allein im Zusammenhang ihrer Gewerkschaftspolitik, werden der KPD zwischen 1918/19 und 1934/35 acht „Wendungen“ attestiert. Frank Deppe / Witich Roßmann, Kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik, in: Erich Matthias / Klaus Schönhoven (Hg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 209–231, hier S. 210–213.

<sup>50</sup> Wickham, Sozialfaschismus und Spaltung (wie Anm. 34), S. 51.

<sup>51</sup> Dass die „Schwerpunktverschiebung“ der KPD für die „Sache der deutschen Nation“ ab 1930 nicht mit „der Linie des orthodoxen Marxismus“ übereinstimmte, sondern vielmehr aus taktischen Gründen erfolgte, um für Wähler/innen aus dem Mittelstand und der Landbevölkerung attraktiver zu werden und dadurch „den ‚Faschismus‘ [zu] schwächen“, ist bereits angemerkt worden. Louis Dupeux, Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985, S. 437–467, Zitatpassagen S. 437; die Motive und Perspektiven der Annäherung beider Lager behandelt auch Otto-Ernst Schüddekopf, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1972, S. 333–366.

<sup>52</sup> Das Zusammenwirken von RGO und NSBO beim BVG-Streik vom 3. bis 7. November 1932 in Berlin war kein singuläres Ereignis. Vgl. Norman LaPorte, Presenting a Crisis as an Opportunity: The KPD and the Third Period, 1929–33, in: Matthew Worley (Hg.), In Search of Revolution. International Communist Parties in the Third Period, London / New York 2004, S. 38–64, hier S. 55 ff.; zum BVG-Streik vgl. u. a. Winkler, Der Weg in die Katastrophe (wie Anm. 16), S. 765–773.

In einer Untersuchung über den ehemaligen Nationalsozialisten und KPD-Konvertiten Richard Scheringer (1904–1986) argumentiert Alexander Bischkopf jedoch gegen das totalitarismustheoretische Konstrukt einer links-rechten Konvergenz. Zwar habe zwischen den Anhänger/innen der radikalen Parteien eine gewisse „Einigkeit in der Negation“ der herrschenden Verhältnisse bestanden. Diese jeweils prinzipielle Systemfeindschaft entstammte „aber ganz unterschiedlichen Traditionen und Begründungszusammenhängen und war völlig verschiedenen Zielvorstellungen verpflichtet“. Eine politische „Identität beider Gruppen“ oder gar Deckungsgleichheit ihrer Interessenlagen ergebe sich daraus keineswegs. Vielmehr habe für das faktische Scheitern der Weimarer Republik eine Wechselwirkung der gesamten politischen Konstellation den Ausschlag gegeben:

Liberalen wie Sozialdemokraten, die auf beide Gegner der Republik – links wie rechts – ausgerichtet waren, versuchten das revolutionäre, staatszerstörende Image der KPD auch auf die NSDAP zu übertragen, um das nationalkonservative Bürgertum von ihren Plänen abzubringen, die Nationalsozialisten zu domestizieren und in ihre Herrschaftspläne zu integrieren. Dass sie dabei, um die Wirkung ihrer Intention zu verstärken, stets die sozialrevolutionären Ziele der NSDAP über Gebühr hervorhoben, hatte die KPD-Führung in ihrer Einschätzung, dass unter den Nationalsozialisten sozialistische Sehnsüchte verbreitet waren, weiter bestärkt. Das nationalkonservative Bürgertum hingegen machte einseitig gegen links Front und war bemüht, das Bedrohungspotential der KPD weit über Gebühr hervorzuheben und derart einen Popanz aufzubauen, mit dem sie ihre autoritäre Politik rechtfertigen konnten. Die KPD war Anfang der 30er Jahre kein ernstzunehmender Kombattant im Ringen um die Macht – im Gegenteil: zu keiner Zeit seit ihrer Gründung war die Partei so weit von der Auslösung der Revolution entfernt gewesen.<sup>53</sup>

<sup>53</sup> Alexander Bischkopf, „Aufbruch“ zwischen den Fronten? Der „Fall Scheringer“ in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential, phil. Diss., TU Berlin 2013, S. 393.

## Zur sozialen Basis der KPD

Über die sozioprofessionelle Zusammensetzung der KPD-Basis können – auf der Grundlage punktueller Eigenerhebungen – bislang nur ansatzweise Aussagen getroffen werden. Was die quantitative Entwicklung der Partei anbelangt, liegen relativ belastbare Zahlen vor: 1919/20 zählte die KPD (S) erst etwa 70 bis 80.000 Mitglieder. Ende 1920, nach dem Zusammenschluss mit dem linken Flügel der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (USPD),<sup>54</sup> bewegten sich die Zahlen der im Jahresdurchschnitt abgerechneten Beitragszahler/innen der *Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands* (VKPD)<sup>55</sup> bis 1930 – mit Ausnahme der Jahre 1922 (167.000) und 1923 (184.000) – in einer Spanne zwischen etwa 120.000 und rund 130.000. In der Wirtschaftskrise war ein rapider Zuwachs zu verzeichnen: 1932 wurden etwas mehr als 282.000 Beitragszahler/innen registriert.<sup>56</sup> Ende des Jahres befanden sich unter den rund 360.000 eingeschriebenen Mitgliedern allerdings nur 252.000 Beitragszahler/innen. Also hatte man es mit einem erheblichen Anteil an „Karteileichen“ zu tun, zumindest aber mit einer gering ausgeprägten Beitragsdisziplin – was unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit nur allzu verständlich ist.<sup>57</sup> Während der Weltwirtschaftskrise war die KPD, so Detlef Lehnert, faktisch „zu einer stark fluktuierenden Arbeitslosenpartei geworden“ und daher weit davon entfernt, die „Arbeiterklasse“ als Gesamtheit zu verkörpern.<sup>58</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. Manfred Scharrer, *Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1983; Andreas Braune / Mario Hesselbarth / Stefan Müller (Hg.), *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917–1922. Neue Wege zu Frieden, Demokratie und Sozialismus?* (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 3), Stuttgart 2018.

<sup>55</sup> Die Anfang 1919 eingeführte Parenthese „S“ für „Spartakusbund“ entfiel bereits 1920. Stattdessen war die Bezeichnung VKPD ab Dezember des Jahres für etwa zwei Jahre im Gebrauch; seit Ende 1922 hieß die Partei dann nur noch KPD.

<sup>56</sup> Ulrich Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 2007, S. 62 f.

<sup>57</sup> Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996, S. 87. Bis 1933 betrug die Zahl der abgerechneten Mitglieder durchschnittlich 78 Prozent aller registrierten Mitglieder.

<sup>58</sup> Lehnert, *Die politische Konfrontation* (wie Anm. 12), S. 713.

In den Jahren 1929 bis 1933 glich sie, wie Klaus-Michael Mallmann ausführt, „eher einem Taubenschlag als einer Festung“.<sup>59</sup> Beispielsweise standen 1930 rund 143.000 Neuaufnahmen 95.000 Austritten gegenüber.<sup>60</sup> Der Zulauf in der Wirtschaftskrise war

weniger ein Ausdruck von Fundamentalopposition und des bewussten Wechsels in die kommunistische Parallelwelt, sondern schlicht ein Akt des Protestes. Vielen Neuzugängen war das bolschewistische Konzept der Kaderpartei daher reichlich fremd und sie konnten sich in der ihnen neuen kommunistischen „Orgwelt“ nicht orientieren.<sup>61</sup>

Aus formalen Parteizugehörigkeiten und oberflächlichen Politisierungen ergaben sich infolgedessen nur ausnahmsweise nachhaltige Bindungen. Meist dauerten Mitgliedschaften eben nur wenige Monate und blieben allenthalben nur Episoden in den Biographien der Betroffenen.

Hinsichtlich der sozialen Herkunft und Altersstruktur ihrer Basis ist der KPD ein verhältnismäßig homogenes Profil zu attestieren: Nach der 1927 durchgeführten Mitgliederbefragung („Reichskontrolle“) lag der Altersschwerpunkt bei 31 bis 40 Jahren, was einem Anteil von 30 bis 40 Prozent an der Gesamtmitgliedschaft entsprach. Nicht einmal ein Prozent aller Parteigenoss/innen hatten eine Hochschule besucht, gerade 2,4 Prozent die Mittelschule.<sup>62</sup> Über eine Volksschulbildung verfügten rund 95 Prozent der Mitgliedschaft. Ihrem Anspruch nach und in ihrer sozioprofessionellen Zusammensetzung entsprechend war die KPD also tatsächlich eine proletarische Klassenpartei (nur mit quantitativen und qualitativen Abstrichen eine Arbeiterinnenpartei), die sowohl qualifizierte Facharbeiter als auch un- oder angelernte Arbeiter/innen anzog.

<sup>59</sup> Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 92; zuvor Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945* (wie Anm. 37), S. 30.

<sup>60</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 268; Bahne, *Die KPD und das Ende* (wie Anm. 34), S. 16.

<sup>61</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 269; Udo Grashoff, *Gefahr von innen. Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Göttingen 2021, S. 23 ff.

<sup>62</sup> Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 101.

Die Exklusivität als charakteristische Arbeiterpartei machte Zugewinne aus anderen Gesellschaftsschichten schwierig.<sup>63</sup> Etwa besaß die kommunistische Agrarprogrammatik für eine landwirtschaftliche Klientel wenig Attraktivität. Selbst die bedrängten Klein- und Mittelbauern verorteten ihre politische Heimat überwiegend in rechten Parteien wie der *Bayerischen Volkspartei* oder der *Deutschnationalen Volkspartei*. Um ihre ökonomischen Interessen zu bündeln, die nicht unbedingt mit den urbanen Konsumgemeinschaften der Arbeiter/innenbewegung übereinstimmten, assoziierten sich die kleineren Landwirte traditionell eher in konservativen Landvereinen oder -bünden abseits der proletarischen Milieus. Gerade 0,15 Prozent der KPD-Mitgliedschaft von 1927, mithin 200 Personen, gehörten dem Bauernstand an, dazu kamen noch 2,2 Prozent lohnabhängige Landarbeiter/innen.<sup>64</sup> Unter den 68 Prozent Mitgliedern, die als Industriearbeiter/innen eingestuft wurden und hauptsächlich männlichen Geschlechts waren, überwogen gelernte Facharbeiter, von denen 70 Prozent in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt waren.<sup>65</sup> Je nach Region schwankte der Anteil der Industriearbeiter/innen in der Partei zwischen 60 Prozent in Berlin-Brandenburg und 82 Prozent im Ruhrgebiet.<sup>66</sup>

Ungeachtet ihrer entschiedenen Gleichheitsforderungen in der Geschlechterfrage kultivierte die KPD althergebrachte männerbündische Habitusformen.<sup>67</sup> Selbst wenn die Parteipresse eine „Vermännlichung der Frauen“ präsentierte und dieses neue Geschlechtskonstrukt mit entsprechenden Bildmotiven als den Idealtypus einer neuen proletarischen

---

<sup>63</sup> Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 247.

<sup>64</sup> Vgl. Sebastian Zehetmair, *The KPD and Farmers: Approaches to a Neglected Research Problem*, in: Ralf Hoffrogge / Norman LaPorte (Hg.), *Weimar Communism as Mass Movement 1918–1933*, London 2017, S. 205–219. Diese Größenordnung, in diesem Fall etwa zwei Prozent, trifft für 1927 auch für den Anteil jener KPD-Mitglieder zu, die in den Freien Gewerkschaften organisiert waren. Vgl. Eva Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920–28*, Frankfurt a. M. u. a. 1977, S. 226 f.

<sup>65</sup> Fowkes, *Communism in Germany* (wie Anm. 37), S. 173 f.

<sup>66</sup> Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 69 ff.; Larry Peterson, *German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions. The Politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920–1924*, Dordrecht / Boston / London 1993, S. 257–298.

<sup>67</sup> Hake, *The Proletarian Dream* (wie Anm. 42), S. 177–192.

Frau inszenierte, blieb die kommunistische Version des weiblichen Rollenmodells im Alltag doch nach wie vor einem überkommenen Hausfrauendasein verhaftet. Dementsprechend wurden Frauen einmal mehr auf die familiäre Reproduktion oder/und bestenfalls auf ein Engagement in den Solidar- und Selbsthilfeverbänden verwiesen.<sup>68</sup> Anders als einige prominente Spitzenfunktionärinnen, die wie Rosa Luxemburg,<sup>69</sup> Clara Zetkin<sup>70</sup> oder Ruth Fischer<sup>71</sup> sowohl die Programmatik mitbestimmten als auch den Kurs der KPD zumindest zeitweise beeinflussten, agierten weibliche Mitglieder im Organisationsalltag der KPD bestenfalls an der Peripherie und waren in der Parteiöffentlichkeit alles in allem mal mehr, mal weniger akzeptiert. Ausweislich der „Reichskontrolle“ von Anfang 1929 belief sich der weibliche Anteil in der Partei zu diesem Zeitpunkt auf 16,5 Prozent. Davon waren wiederum 22 Prozent Betriebsarbeiterinnen, etwa drei Viertel dagegen Hausfrauen und dies zumeist als Ehepartnerinnen der Genossen.<sup>72</sup> Die weibliche Unterpräsenz fiel nicht nur an der Basis disproportional aus, sondern verengte sich von unten nach oben, vom erweiterten Führungskaderstamm bis in die höchsten Führungsspitzen. In dem von Andreas Herbst und Hermann Weber auf 1.400 Personen taxierten Führungskorps waren mit 129 Frauen ca. 8,5 Prozent vertreten, im Spitzengremium der KPD, dem Polbüro, be-

<sup>68</sup> Vgl. Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 188–232; Atina Grossmann, *German Communism and New Women: Dilemmas and Contradictions*, in: Helmut Gruber / Pamela Graves (Hg.), *Women and Socialism, Socialism and Women*, New York / Oxford 1998, S. 135–168; Doris Danzer, *Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960)*, Göttingen 2012, S. 94.

<sup>69</sup> Zuletzt: Ernst Piper, *Rosa Luxemburg. Ein Leben*, München 2018.

<sup>70</sup> U. a. Tânia Puschnerat, *Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie*, Essen 2003.

<sup>71</sup> Mario Keßler, *Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961)*, Köln 2013.

<sup>72</sup> Klaus-Michael Mallmann, *Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechterbeziehungen und kommunistischer Widerstand 1933–1945*, in: Christl Wickert (Hg.), *Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland*, Berlin 1995, S. 82–97, hier S. 83; Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 246; Danzer, *Zwischen Vertrauen und Verrat* (wie Anm. 68), S. 94 ff.

fanden sich zwischen 1919/20 und 1939 unter den 59 Funktionären lediglich sieben Frauen.<sup>73</sup>

Einen höheren informellen Stellenwert bekamen Frauen erst in der Illegalität. Auch wenn Kommunistinnen bei der Konzeption und Planung des antifaschistischen Widerstands außen vor blieben, so waren sie dennoch – ungeachtet des Umstandes, dass ihnen in der Regel die „Kleinarbeit“ überlassen blieb, an nahezu allen Aktivitäten beteiligt und galten den Männern insofern als ebenbürtig.<sup>74</sup>

Was die politische Sozialisation ihrer Mitgliedschaft anbetrifft, konnte die KPD in einem hohen Maß von Fremdanteilen profitieren: Zwischen 30 und 40 Prozent der Mitglieder waren 1927 zuvor in der USPD und rund 30 Prozent in der SPD organisiert gewesen. In Anbetracht dieser politischen (Fremd-)Sozialisierung geht Mallmann davon aus, dass es sich bei „61 % aller Kommunisten um radikalisierte Sozialdemokraten handelte“. In dieser Beziehung bildet sich daher ein sozialistischer „Traditionsüberhang“ im kommunistischen Milieu ab, während sich die Quote der Rückkehrer aus der linkskonkurrierenden KAPD beinahe an der Nachweisgrenze bewegte (0,19 Prozent).<sup>75</sup> Über das Engagement in den linksproletarischen Kultur- und Selbsthilfeorganisationen gibt die Erhebung von 1927 ebenfalls Auskunft. Präferiert wurden demnach Verbände mit dezidiertem Unterstützungscharakter: *Rote Hilfe* (rund 56 Prozent), Genossenschaften (33 Prozent) und – aufgrund der Feuerbestattungsversicherung und dissidentischen Fürsorge – die Freidenkerbewegung (31 Prozent) sowie natürlich die Mieterschutzvereine (10 Prozent). In den proletarischen Sportvereinen waren ca. 16 Prozent aktiv; dies hauptsächlich in der *Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit*.<sup>76</sup>

---

<sup>73</sup> Weber / Herbst, *Deutsche Kommunisten* (wie Anm. 38), S. 33. In der erweiterten Zweitauflage (Berlin 2008) erhöhte sich der Anteil auf 163 Frauen unter den 1.675 Personeneinträgen.

<sup>74</sup> Vgl. z. B. Beatrix Herlemann, *Die Rote Kapelle und der kommunistische Widerstand*, in: Hans Coppi / Jürgen Danyel / Johannes Tuchel (Hg.), *Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994, S. 79–90, hier S. 84 f.; Marlies Coblurger, *Die Frauen der Berliner Roten Kapelle*, in: ebd., S. 91–103, hier S. 99.

<sup>75</sup> Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 118.

<sup>76</sup> Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 75.

Dass die KPD im Zuge des Zulaufs von Erwerbslosen, nicht zuletzt aufgrund einer rigiden Entlassungspraxis in den industriellen Großbetrieben vor dem Hintergrund einer weiterbestehenden Sockelarbeitslosigkeit, spätestens 1928 zu einer ausgesprochenen Erwerbslosenpartei mutierte, hat schon Arthur Rosenberg betont.<sup>77</sup> Seine These ist seitdem wiederholt bestätigt und sozialstatistisch fundiert worden.<sup>78</sup> Zwischen 40 und 60 Prozent Erwerbslose waren es selbst unter wirtschaftlich günstigeren Konjunkturbedingungen, da die Konzernleitungen vor dem Hintergrund einer fortbestehenden Sockelerwerbslosigkeit im Zuge der Rationalisierung ihre Spielräume dazu nutzten, um „ihre Betriebe gezielt von radikalen Belegschaftsgruppen und unbequemen Betriebsräten“ zu „säubern“.<sup>79</sup> In der Weltwirtschaftskrise stieg die Erwerbslosenquote in manchen Regionen allenthalben auf bis zu 90 Prozent.<sup>80</sup> Mit ihrer „lär-

<sup>77</sup> Arthur Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart*, Berlin 1932, S. 219. Vgl. Siegfried Bahne, *Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, in: Hans Mommsen / Winfried Schulze (Hg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981, S. 477–496.

<sup>78</sup> Heinrich August Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930* (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*; Bd. 10), Berlin 1985, S. 447; Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 156; Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 169. – Gegen diese Typologisierung ist der Einwand erhoben worden, sie sei selbst für die Phase der Weltwirtschaftskrise nicht zutreffend, da sie suggeriere, dass „Erwerbslosigkeit [...] ein kommunistisches Spezifikum gewesen [sei], und systematisch ausblendet, daß dieses Schicksal massenhaft auch SPD- und ADGB-Mitglieder traf“. Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 104. Dieser Einwand ist zweifellos berechtigt, aber es darf dabei nicht aus dem Blick geraten, dass Propaganda und Agitation nicht zuletzt an die Erwerbslosen adressiert war. So z. B. Aktionsformen wie „proletarischer Einkaufsbummel“ (kollektiver Ladendiebstahl) oder Mieterstreiks. Vgl. Eve Rosenhaft, *The Unemployed in the Neighbourhood: Social Dislocation and Political Mobilisation in Germany 1929–33*, in: Richard J. Evans / Dick Geary (Hg.), *The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich*, London / Sydney 1987, S. 194–227, hier S. 210 u. S. 216 ff. Zur ambivalenten Erwerbslosenpolitik der KPD und deren Praxisformen vgl. Anthony McElligott, *Mobilising the Unemployed: The KPD and the Unemployed Workers' Movement in Hamburg-Altona during the Weimar Republic*, in: ebd., S. 228–260.

<sup>79</sup> Thomas Welskopp, *Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren*, Bonn 1994, S. 651.

<sup>80</sup> Peter Balthasar Berens, *Die „Atomisierung“ der KPD zwischen 1923–1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet*, phil. Diss. Universität Duisburg-Essen 2016, S. 342; Eumann, *Eigen-*

menden Agitation, die ganz auf die Bedürfnisse utopisch-radikaler Erwerbsloser eingerichtet war“, habe sie, so Rosenberg, nun keine realistischen Aussichten mehr für Arbeiter/innen, Angestellte und die Mittelschichten eröffnen können.<sup>81</sup> Aufgrund der grassierenden Verelendungstendenzen in den Unterschichten gab es in der manifesten Wirtschaftskrise daneben (auch) in der KPD „einen schmalen Saum von Kleinkriminalität und Prostitution“.<sup>82</sup> Bei den Männern handelte es sich überwiegend um Eigentumsdelikte wie Diebstahl, Betrug, Unterschlagung und Hehlerei, aber auch um Körperverletzung, bei Frauen meist um voreheliche „Gewerbeunzucht“, also vorwiegend Armutsprostitution. Im Parteipparat waren außerdem kleinere, aber auch großangelegte Unterschlagungen von Beitragsgeldern keine seltenen Ausnahmefälle.<sup>83</sup>

## Parteibefehl von oben – Eigensinn dagegen unten

Mitte der 1990er Jahre beschäftigte die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung über die historische Bedeutung der KPD noch immer die Frage, ob deren Stalinisierung infolge der externen Steuerung durch die Komintern früher einsetzte oder sich diese erst zu einem späteren Zeitpunkt unter der Ägide Thälmann manifestierte.<sup>84</sup> Im Wesentlichen

---

willige Kohorten der Revolution (wie Anm. 56), S. 156 f.

<sup>81</sup> Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik* [1935], Frankfurt a. M. 1961, S. 199. Lokalbezogene Studien bestätigen diesen Befund. Vgl. Arne Andersen, „Lieber im Feuer der Revolution sterben, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken!“ Die KPD in Bremen von 1928–1933. Ein Beitrag zur Bremer Sozialgeschichte, München 1987, S. 207–229 und Matthias Schartl, *Rote Fahnen über Flensburg. KPD, linksradikale Milieus und Widerstand im nördlichen Schleswig-Holstein 1919–1945*, Flensburg 1999, S. 104–115.

<sup>82</sup> Dazu und zum Folgenden: Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 101; explizit: Eve Rosenhaft, *Organising the 'Lumpenproletariat.' Cliques and Communists in Berlin during the Weimar Republic*, in: Richard J. Evans (Hg.), *The German Working Class, 1888–1933. The Politics of Everyday Life*, London 1982, S. 174–219.

<sup>83</sup> Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 150 f.; Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 57), S. 158. Solche Unterschlagungen allein der KPD anzulasten, wäre indes verfehlt, denn es handelte sich um ein verbreitetes Phänomen in der Arbeiter/innenbewegung insgesamt.

<sup>84</sup> Formell waren die Mitgliedsorganisationen zur Einhaltung der vom Plenum des II. Weltkongresses der Komintern am 6. August 1920 angenommenen „21 Bedingungen für die Aufnahme in

schiene sich dabei die vor Jahrzehnten von Ossip K. Flechtheim und Hermann Weber vorgelegten bahnbrechenden Darstellungen zu bestätigen. Erst im Zuge der Kontroverse über die adäquaten Methoden der Parteigeschichtsschreibung in diesem spezifischen Zusammenhang verschob sich die Forschungsperspektive von der Politikwissenschaft mit ihrer Perspektive nach „oben“ hin zu einer mehr differenzierenden Sozialgeschichte, die endogene sozioökonomische und kulturelle Faktoren einer realen Bewegung nicht nur berücksichtigte, sondern auch stärker gewichtete.<sup>85</sup> In Mikrostudien über die „roten“ urbanen Bezirke ist beispielsweise ein Bedeutungsverlust parteipolitischer Ideologien und Institutionen in proletarischen Nachbarschaftsmilieus festgestellt worden, deren Zusammenhalt sich zunehmend auf die Regeln und Rituale einer radikalen Kiezkultur stützte, die eigene Prioritäten setzte und somit das soziale Handeln der Akteure bestimmte.<sup>86</sup> Dabei hat die neuere

die Kommunistischen Internationale“ verpflichtet. Demnach waren alle Beschlüsse des Kominternkongresses und des EKKI für alle angeschlossenen Parteien „bindend“ (Bedingung 16). Die von den Mitgliedsparteien vorab auszuarbeitenden kommunistischen Programme waren genehmigungspflichtig (Bedingung 15). Die Presse-, Parlaments- und Gewerkschaftsarbeit der Ländersektionen waren den Beschlüssen der Komintern unterworfen (1, 2, 9, 18). Darüber hinaus waren die Ländersektionen dazu angehalten, ihre Mitglieder zur „eisernen Disziplin“ anzuhalten (12) und all jene abzurufen oder auszuschließen, die nicht konsequent genug für die revolutionäre Politik eintraten (1, 2, 7, 11, 13, 20, 21). Jede Ländersektion war gegenüber den „Sowjetrepubliken“ beistandspflichtig (14). Lenins 21 Punkte. Vgl. II. Kongress der III. Internationale in Moskau. Reden und Beschlüsse der Delegierten Lenin, Radek, Dr. Levi, Serrati, Berlin 1920. Zur internen Diskussion: Alexander Vatlin, *Das Jahr 1920. Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale*, Berlin 2019, S. 95–100.

<sup>85</sup> Kevin McDermott, Hermann Webers Konzept der „Stalinisierung“ der KPD und der Komintern. Eine kritische Bewertung, in: JHK, 2008, S. 197–206, hier S. 204; Norman LaPorte, „Something Old, Something New, Something Borrowed and Something Blue“: Recent Literature in Communist Studies, in: *Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements*, 55 (2016), S. 113–140, hier S. 135.

<sup>86</sup> Sozialräumlich mit dem Fokus auf Berlin-Kreuzberg Pamela E. Swett, *Neighbors and Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin, 1929–1933*, Cambridge / New York 2004, S. 187. Swett zufolge war der politische Radikalismus in erster Linie eine lokale Reaktion auf die Aushöhlung kultureller Normen und Machtstrukturen in den Berliner Stadtvierteln und nicht das Produkt von Parteikontrolle oder Ideologie. Vgl. ebd., S. 294. Wie eine zunehmende Territorialisierung von Politik durch Gewalt das Misstrauen und Feindschaften in den nachbarschaftlichen Nahbeziehungen anfachte und damit zur Erosion des linken Basismilieus führte, zeigt exemplarisch Joachim C. Häberlein, *Kameradschaft mit dem Messer? Zum Zerfall des linksproletarischen Milieus in Leipzig am Ende der Weimarer Republik*, in: AfS, 53 (2013), S. 223–243.

Sozialgeschichte durchaus eigensinnige Verhaltensformen einer Mitgliedschaft festgestellt, in der die Bindungs- beziehungsweise Beharrungskräfte eines noch weitgehend kohärenten, tendenziell interfraktionellen linksproletarischen Milieus wirkten. Dadurch seien die strukturellen Einflussmöglichkeiten von „außen“ („Stalin“ und EKKI in Moskau) oder/und von „oben“ (Parteizentrale der KPD) beschränkt worden.

Zur Debatte stand in diesem Kontext wieder das Postulat eines Transformations- beziehungsweise Deformationsprozesses einer hinsichtlich ihrer Entscheidungsfindung anfänglich noch demokratischen Partei zur „Bolschewisierung“ und dann zu einer bürokratisierten Appartherrschaft, in der ein mittels Ausschließungen beziehungsweise Säuberungen gleichgeschalteter Kaderstamm regierte:

Stalinisierung heißt Veränderung der inneren Parteistruktur, Entstehung einer monolithischen, straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des hierarchisch aufgebauten Parteiapparats (d. h. der hauptamtlichen, von der Partei bezahlten Funktionäre) die Mitglieder beherrscht und die Politik im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinischen KPdSU bestimmt.<sup>87</sup>

Auf diese Weise sei im Zuge der Implementierung einer „Partei neuen Typs“ ab 1924 der innerparteiliche „demokratische Zentralismus“ nach dem Lenin'schen Modell sukzessive zugunsten einer bolschewistischen Kaderorganisation abgeschafft worden.<sup>88</sup>

Mallmann kritisierte das politikwissenschaftliche Paradigma einer von außen der KPD aufgezwungenen Stalinisierung als „ein Dogma ohne Menschen, einer Appartherrschaft ohne Subjekte“. Darin sei ausgeblendet worden, dass der Kommunismus kein „monolithisches, eindimensional definiertes System“ darstellte, sondern „eine soziale Massen-

---

<sup>87</sup> Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 8; Brigitte Studer, *Stalinization: Balance Sheet of a Complex Notion*, in: Norman LaPorte / Kevin Morgan / Matthew Worley (Hg.), *Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization, 1917–53*, Basingstoke / New York 2008, S. 45–65, hier S. 49 f.

<sup>88</sup> Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus* (wie Anm. 87), S. 97.

bewegung von ‚gewöhnlichen Leuten‘ gewesen ist“, welche die „Politik vor Ort nach ihren eigenen Maßstäben gestalteten“. Dem Diktat von Programm und Richtlinie habe – mal mehr, mal weniger – die „Eigengesetzlichkeit“ der Subjekte entgegenstanden. Mit ihrem Elitenkonzept und dem Primat der Politik habe die Forschung schlichtweg die „propagandistische Attitüde mit der Wirklichkeit“ verwechselt.<sup>89</sup>

Wirsching dagegen wandte sich gegen die Überbewertung der Eigengesetzlichkeit der parteiaffinen Milieus. Freiräume und individuelle Entscheidungsfreiheiten seien an der Parteibasis kaum vorhanden gewesen. Überhaupt müsse der KPD, die zudem als wesentlich frühzeitiger bolschewisiert einzuschätzen sei als bis dahin üblich, jedwede demokratische Qualität abgesprochen werden.<sup>90</sup> Von Anfang an sei es in den bürokratischen Machtstrukturen, außer um „persönliche Macht- und Einflußrivalitäten“, nur „um Fragen der politischen *Taktik* gegangen, nicht aber um grundsätzliche Alternativen zum gewaltsamen bolschewistischen Modell“.<sup>91</sup> Da sie wesentliche programmatische Aspekte einer Avantgardepartei negiere, wurde dieser These eine mangelnde Differenziertheit vorgeworfen. Im Prinzip habe Bolschewisierung auf einer Identifikation mit den ideologischen Prämissen des „demokratischen Zentralismus“ basiert. Genau diese Leitlinie sei eben „von den Beteiligten als Handlungsrichtschnur akzeptiert“ worden. Im Gegensatz dazu kennzeichne Stalinisierung eine besondere Form autoritärer Herrschaft, mittels derer sich Macht innerhalb des Organisationsgefüges von oben nach unten durchsetzen konnte. Stalinistische Herrschaft funktionierte insofern als personales Netzwerk innerhalb hierarchisierter Strukturen, in dem „[p]ersönliches Vertrauen, gegenseitiger Beistand und uneingeschränkte Loyalität“ eingefordert wurde, Abhängigkeiten ge-

<sup>89</sup> Klaus-Michael Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21 (1995), 1, S. 5–31, hier S. 5 f.

<sup>90</sup> Bolschewisierung und Stalinisierung stehen z. B. mehr oder weniger synonym bei Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik* [1948], 4. Aufl., Hamburg 1986, S. 170 ff.

<sup>91</sup> Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?* (wie Anm. 7), S. 198.

schaffen wurden und direkte Kritik an der Führungsclique verpönt waren.<sup>92</sup>

Was Bolschewisierung und Stalinisierung indes einte, war die ihnen gemeinsame Tendenz zum zentralisierten Bürokratismus sowie eine auf einem befehlsförmigen Autoritarismus basierende Hegemonie der Funktionärsriege. Gleichwohl waren die Kommandostrukturen aber nicht durchgängig „top down“ auf die kommunistische Bewegung übertragbar und machten sich daher im Alltag nur oberflächlich bemerkbar. Zudem waren Bürokratismus, Zentralismus oder Autoritarismus beileibe kein parteikommunistisches Novum, sondern gleichermaßen in der deutschen Arbeiter/innenbewegung allgemein manifestiert. Schon in der alten „sozialdemokratischen Bewegung reproduzierten sich also – gewiß zwangsläufig, aber dennoch in unnötig breiter, vielfältiger und vor allem unbewußter Weise – die autoritären Sozialisationsmuster der Gesellschaft“.<sup>93</sup> In Familie, Schule und Lehrlingszeit prägte eine autoritäre primäre und sekundäre Sozialisation mit einem dementsprechend vermittelten Werte- und Bildungshorizont die mentalen Grunderfahrungen der unteren Klasse. Seit der frühen Industrialisierung bestimmten Repressalien und Reglementierungen den proletarischen Arbeitsalltag. Erst zaghaft vor, dann im sowie – verstärkt – nach dem Ersten Weltkrieg formierte sich erstmals eine aus den neu zusammengesetzten Belegschaften bestehende Basisbewegung gegen das patriarchale Disziplinarsystem in den Betrieben.<sup>94</sup> Wie bereits Robert Michels ausführte, bestand in der SPD des Kaiserreichs eine immanente Tendenz zur Oligarchie. Auch in der sozialdemokratischen Parteihierarchie wurden Organisationspatriotismus und Disziplin kultiviert, was eine „zentralistische[.] Lenkung und Füh-

---

<sup>92</sup> Hoppe, In Stalins Gefolgschaft (wie Anm. 24), S. 70 u. S. 72.

<sup>93</sup> Hurwitz / Sühl, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential (wie Anm. 44), S. 63.

<sup>94</sup> Vgl. Weitz, Creating German Communism (wie Anm. 43), S. 18 ff.; allgemein: Walter Sauer (Hg.), Der dressierte Arbeiter. Geschichte und Gegenwart der industriellen Arbeitswelt, München 1984; Peter N. Stearns, Arbeiterleben. Industriearbeit und Alltag in Europa, Frankfurt a. M. / New York 1980.

„rung“ voraussetzte und deshalb im Prinzip nicht zur Disposition stand.<sup>95</sup>

Stalinisierung indessen ging weit über die Begleiterscheinungen einer autoritär-formierten Bürokratisierung hinaus. Etwa wenn kommunistische Funktionäre auf idealtypische „bolschewistische Rollenbilder und Verhaltensweisen“ eingeschworen wurden, in denen Disziplin, Konspiration, einer „bolschewistischen Sprache“ sowie spezifischen Ritualen der Selbstkritik und der gegenseitigen Denunziation eine essenzielle Bedeutung zukam.<sup>96</sup> Eine ausgreifende Kontrolle des Alltagsverhaltens und die Begutachtung der Persönlichkeiten der Kader sollte die Befolgung der jeweils aktuellen Parteilinie garantieren. Der Aufrechterhaltung der Disziplin dienten auch die häufigen Versetzungen der Kader, die einer engeren Verbindung mit der Basis entgegenwirken sollten. Zudem beherrschte die Furcht vor einer Unterwanderung durch unerwünschte Neuzugänge aus der Sozialdemokratie oder durch potenzielle „Provokateure“ (Spitzel und V-Leute der Polizei und des politischen Gegners) das innere Klima – zwangsläufig war Misstrauen ein allgegenwärtiges Phänomen in der Partei. Kommunistische Funktionäre in Westeuropa stellte die Komintern-Führung quasi unter Pauschalverdacht: „Mit dem Aufbau der Kaderabteilungen und der Speicherung der Lebensläufe der einzelnen Funktionäre wurde dieses Misstrauen institutionalisiert.“<sup>97</sup>

Das sowjetrussische Kadermodell erwies sich zudem als nicht kompatibel mit den deutschen Verhältnissen. Denn hier gab es einen „Grundkonflikt zwischen dem Bedürfnis nach Massenrückhalt einerseits und elitärem Selbstverständnis andererseits“.<sup>98</sup> Sprachbarrieren und Verständigungsprobleme taten sich zwischen den obersten Instanzen und der Basis auf. Jenseits der Zugriffsmöglichkeiten der Zentrale wurden die Auswahlkriterien lascher und die Aufnahmepraxis weniger restriktiv gehandhabt:

<sup>95</sup> Hurwitz / Sühl, *Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential* (wie Anm. 44), S. 55.

<sup>96</sup> Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 249 f.

<sup>97</sup> Ebd., S. 264.

<sup>98</sup> Ebd.

Je niedriger die Ebene angeordnet war, auf denen kommunistische Funktionäre tätig wurden, desto stärker scheinen konkurrierende Identitäten, Lokalpatriotismus und alte Bindungen sowie auch abweichende Meinungen gewirkt zu haben.<sup>99</sup>

Dagegen waren die Beziehungen der höchsten hauptamtlichen Führungsgruppen untereinander – unabhängig von der stalinistischen Machtausübung – angeblich durch eine „hierarchische[.] Rangordnung“ bestimmt. Dadurch sei eine Atmosphäre „permanenter Konspiration“ entstanden, in der „Indifferenz zu allgemeinen Regel wurde“ und es vorrangig darum ging, „die Stufenleiter zu erklimmen“.<sup>100</sup> Neben „Rivalitäten“ um „Privilegien“ oder den „Machterhalt“ hätten „persönliche Abneigungen“, aber auch „Freundschaften“ die innerparteilichen Auseinandersetzungen bestimmt.<sup>101</sup> Ob die zugespitzte These eines durchweg amoralischen Funktionärskorps Allgemeingültigkeit beanspruchen kann und in ihrer Pauschalität generell für höhere Kader der KPD zutrifft, ist fraglich und bedarf einer gründlichen Untersuchung.

Obschon sich die linksstehenden Lager von SPD und KPD weiter verfestigten, was sich ab 1926/27 in einer zunehmend separierten Feiernkultur und Demonstrationspraxis niederschlug,<sup>102</sup> rangierte die bloße

Sicherung des Überlebens [...] für viele weit ‚vor‘ der jeweils richtigen (Partei-)Linie. Das hieß vieles – und dies gleichzeitig: Aushalten andauernder Existenzangst im konjunkturellen Auf und Ab; Balancieren zwischen vermehrten Angeboten einer kommerziellen ‚Massenkultur‘ und der zumal für Jüngere drückenden Abhängigkeit von besonders niedrigen Löhnen; Sich-Behaupten gegen die nicht selten harte Hand

---

<sup>99</sup> Ebd., S. 274.

<sup>100</sup> Giulio Ceretti zitiert nach: Georges Haupt, Internationale Führungsgruppen in der Arbeiterbewegung, in: Otto Brenner Stiftung (Hg.), Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung (= Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung; Bd. 5), Frankfurt a. M. / Köln 1976, S. 195–217, hier S. 206.

<sup>101</sup> Weber / Herbst, Deutsche Kommunisten (wie Anm. 38), S. 29 f.

<sup>102</sup> Nach 1928 waren keine gemeinsamen Mai-Demonstrationen von SPD/KPD mehr möglich. Arne Andersen, „Auf die Barrikaden, erstürme die Welt, du Arbeitervolk!“. Der 1. Mai, die Kriegslinke und die KPD, in: Inge Marßolek (Hg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Frankfurt a. M. / Wien 1990, S. 121–143, hier S. 140 ff.

expandierender Sozial-Verwaltungen in Kommunen und (Groß-)Betrieben. ‚Politische‘ Optionen blieben fast immer auf den Bereich formalisierter Politik beschränkt, blockierten also nicht wechselseitig Aus- und Nothilfe z. B. zwischen Familien, die entweder KPD oder Zentrum wählten.<sup>103</sup>

Zwar wurde durch die Oktroyierung des sowjetrussischen Idealtypus ein auf persönlichen Loyalitätsbeziehungen beruhendes Abhängigkeitsverhältnis befördert, doch selbst die unmittelbar involvierten Protagonisten handelten weder unabhängig davon, noch agierten sie als „willenlose Marionetten Moskaus“, wie Bert Hoppe mit Verweis auf den leitenden Funktionärsapparat der KPD anmerkt.<sup>104</sup> Dass das „Zentrum“ des sowjetischen Blocks keineswegs strikt „von oben“ bis in die „Peripherie“ durchregierte, weil in den Regionen sozioökonomische Spezifika und Problemstellungen die Willensbildung der Kader vor Ort bestimmten, ist inzwischen bestätigt worden.<sup>105</sup>

Ein grundlegendes Strukturelement der Bolschewisierung der KPD war die Reorganisation ihrer Basiseinheiten, was nicht zuletzt unter den Bedingungen einer künftig wieder zu erwartenden Illegalität als probate Maßnahme galt. Der seit dem Gründungsparteitag der KPD auf der untersten Ebene existierende Dualismus von Betriebs- und Wohnbezirksorganisationen<sup>106</sup> wurde bei der ersten Umstrukturierung der Partei im Mai 1920 zwar beibehalten, aber die Vorrangstellung bei der Mitgliedererfassung besaßen seither die Wohnbezirke, was der zwischenzeitlich

<sup>103</sup> Alf Lüdtke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993, S. 231.

<sup>104</sup> Hoppe, In *Stalins Gefolgschaft* (wie Anm. 24), S. 14.

<sup>105</sup> Norman LaPorte, *Introduction: Local Communisms within a Global Movement*, in: *Twentieth Century Communisms: A Journal of International History*, 5 (2013), S. 7–20.

<sup>106</sup> In seinem auf dem Gründungsparteitag der KPD gehaltenen Organisationsreferat hatte Hugo Eberlein bereits für eine „elastische“ bzw. „aktionsfähige“ Organisationsform des Parteiapparats plädiert, die die Mitglieder vorzugsweise als Beschäftigte der Großbetriebe auf der Basis eines betrieblichen Vertrauensleutesystems zusammenführte. Dort, wo Wohnung und Arbeitsstätten weiter auseinanderlügen, sowie zur Integration der Erwerbslosen, könne die eingeführte Organisierung nach Wohnbezirken beibehalten werden. Vgl. Hermann Weber (Hg.), *Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/19*, Berlin 1993, S. 246 f.

getroffenen Entscheidung für die Beteiligung an den Parlamentswahlen Rechnung trug.<sup>107</sup> Erst im Zuge der Bolschewisierung wurde die seit dem Kaiserreich auch in der Sozialdemokratie zur Führung von Wahlkämpfen eingeführte Gliederung nach Wohnbezirksorganisationen aufgegeben. Die Umstellung auf Betriebszellen war ein deutliches Anzeichen dafür, dass nicht länger Wahl- sondern Wirtschaftskämpfe auf der obersten Agenda der Partei standen. Priorität hatte der Ausbau kommunistischer Stützpunkte in den Freien Gewerkschaften. Als „unterste organisatorische Einheit der Partei“ erhielten die Betriebszellen den Auftrag, „alle Arbeiter den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen und durch die Eroberung des Funktionsapparates einer revolutionären Führung den Weg zu ebnen“.<sup>108</sup> Bis zur vollständigen Umsetzung dieser Vorgabe sollten Straßenzellen provisorisch die Wohnorganisation ersetzen.<sup>109</sup> Dass sich die als Interimseinrichtung für den Übergang gedachte Organisation auf nachbarschaftlicher Grundlage verstetigte, war dem Umstand geschuldet, dass die erwerbslosen Genossen und Genossinnen keinen Anschluss an die Betriebszellen fanden. Selbst die in Erwerbsarbeit beschäftigten Mitglieder bevorzugten die Straßenzellen, die sich – entgegen aller Bezirksdirektiven – in einigen Großstädten zu Sammelbecken aller Genossen entwickelten. Im Arbeitsalltag hingegen, insbesondere im Schichtsystem, erwiesen sich Betriebszellen für die Parteiaktivitäten ebenso wenig praktikabel wie für die ihnen vordringlich zugewiesene Aufgabe: die Beitragskassierung. Ihre übergeordnete Zielsetzung, von der bloßen Propaganda im öffentlichen Raum über die Standbeine in den Betrieben zur politischen Aktion zu gelangen, geriet unter den Bedingungen der Massenerwerbslosigkeit zur Leerformel. 1929 basierte die KPD nur zu rund 19 Prozent auf Betriebszellen, im Unterschied zu den 54 Prozent in den Straßen-

---

<sup>107</sup> Andersen, „Lieber im Feuer der Revolution sterben“ (wie Anm. 81), S. 47.

<sup>108</sup> Der Parteiarbeiter. Monatsschrift für die Praxis revolutionärer Organisationsarbeit, 3 (1925), Nr. 2 (Sonderbeilage), S. 5. Vgl. auch Paul Merker, Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktion, in: ebd., 3 (1925), Nr. 1, S. 11–13.

<sup>109</sup> Die Rolle der Straßenzellen, in: Ebd., 3 (1925), Nr. 2, S. 39–42.

zellen ein Jahr zuvor.<sup>110</sup> Diese selbst verordnete Schwerpunktsetzung war sicherlich auf den Umstand der wachsenden Erwerbslosigkeit unter den Mitgliedern zurückzuführen, war aber auch ein Zugeständnis an die Befindlichkeiten der Basis. Auf die verordnete Revision der Parteistruktur reagierten nicht zuletzt die unteren Einheiten des Apparats mit Widerstreben; wobei sich vereinzelt sogar ein Befremden über den russischen Fremdimport artikulierte. Infolgedessen erhöhte sich von 1928 bis 1932 der Mitgliederanteil der Straßenzellen sprunghaft, während derjenige der Betriebszellen im Zusammenhang mit der Massenerwerbslosigkeit stetig abnahm.<sup>111</sup> Das Provisorium Straßenzellen war ein über Jahre kontrovers diskutiertes Thema und blieb ein ungelöstes Problem. Bis zum Ende der Partei konnte der strukturelle Dualismus der Organisationsform auf unterster Ebene nicht beseitigt werden.<sup>112</sup>

### **Eigengesetzlichkeit der links-proletarischen Milieus: Mythos oder Realität?**

Aus der formalen Erfassung der Basis, ob in Betriebs- oder Straßenzellen, lassen sich allerdings nur wenige Rückschlüsse auf die Lebenswelt und die sozialen Beziehungsverhältnisse in den Arbeiterquartieren ziehen. Nach Wirsching bildete das „kommunistische Milieu politisch, ökonomisch und kulturell eine radikale Gegenwelt zum demokratisch verfaßten und privatwirtschaftlich organisierten Weimarer Staat“.<sup>113</sup> Mallmann hingegen konturiert eine „Nischengesellschaft“, die sich nicht lebensweltlich absonderte, sondern sowohl innerhalb der proletarischen Milieus als auch partiell gesamtgesellschaftlich integrierte. Im Grunde widersprechen aber selbst jene Befunde, die der KPD eine mal mehr, mal weniger ausgeprägte Außensteuerung durch die Moskauer Zentralinstanz attestieren, keineswegs Mallmanns Auffassung einer intern

<sup>110</sup> Vgl. dazu Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 272 u. S. 280.

<sup>111</sup> 1930 wurden nur noch 14,70 Prozent der Mitglieder über Betriebszellen erfasst. Ebd., S. 272 u. S. 279.

<sup>112</sup> Vgl. ebd., S. 257–280; Weitz, *Creating German Communism* (wie Anm. 42), S. 155.

<sup>113</sup> Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?* (wie Anm. 7), S. 195.

durchexerzierten Machtpolitik. Nur habe eben „die Parteiwirklichkeit durchaus nicht bolschewistischen Maximen entsprochen“. <sup>114</sup>

In Anbetracht bis in die Kaiserzeit zurückreichender gemeinsamer nachbarschaftlicher Herkunftsbezüge und Beziehungsverhältnisse in einer sozial homogenen Lebenswelt, einer gemeinsamen Freizeitkultur und der sich überschneidenden Organisationserfahrungen habe die Parteilbasis wenig Neigung gezeigt, den „oben“ beschlossenen Direktiven ohne weiteres Folge zu leisten, insbesondere dann nicht, wenn sie ihren Eigeninteressen zuwiderliefen. <sup>115</sup> Nachhaltig wirksame Traditionsbindungen im einst gemeinsamen sozialdemokratischen Lager über mehrere Generationen hinweg, die intermediäre Stellung der USPD sowie die enorme Fluktuation zwischen den Arbeiter/innenparteien verstärkten den gemeinsamen Milieuhintergrund und boten demnach Optionen für Sonderwege. So etwa erhielt der leitende Sekretär des Polbüros, Heinrich Brandler, auf dem VIII. Parteitag der KPD, Ende Januar 1923, eine Mehrheit für seinen Antrag zugunsten einer erweiterten Einheitsfronttaktik. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten gebildete Arbeiterregierungen seien seiner Meinung nach dazu geeignet, „im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben“. <sup>116</sup> In Sachsen und Thüringen, wo die linke Fraktion innerhalb der SPD und die „rechte“ Fraktion der KPD tonangebend waren, kam es daraufhin am 10. beziehungsweise am 16. Oktober 1923 jeweils zu rot-roten Koalitionsregierungen. Dagegen intervenierte Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) mittels einer Notverordnung, die eine Reichsexekution gegen die Länder Sachsen (29. Oktober) und Thüringen (6. November) verfügte, um mithilfe der Reichswehr den

---

<sup>114</sup> Klaus-Michael Mallmann, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – eine Erwiderung, in: VfZ, 47 (1999), 3, S. 401–415, hier S. 411.

<sup>115</sup> Vgl. dazu auch Teresa Dapp, Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik. Ein Forschungsbericht, in: AfS, 50 (2010), S. 503–540, S. 506 f.; Rosenhaft, *Beating the Fascists?* (wie Anm. 17), S. 17 f.

<sup>116</sup> Vom 10.–29.10.1923 amtierte Brandler als Leiter der Staatskanzlei der kurzlebigen sozialdemokratisch/kommunistischen Regierung in Sachsen.

unerwünschten Experimenten ein Ende zu setzen.<sup>117</sup> Kurz zuvor, am 13. Oktober, hatte die Regierung Ebert mit den Stimmen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Ermächtigungsgesetz erlassen, das wesentliche sozialpolitische Errungenschaften seit der Novemberrevolution wie den Achtstundearbeitstag abschaffte. Dass die kurzlebigen Projekte der Regierungsbeteiligungen auf Länderebene gegen den Willen von Teilen der Parteispitze umgesetzt werden konnten, ist wiederum auf eine „abschwächende Wirkung der Milieubeziehungen für den kommunistischen ‚Parteibefehl‘“ zurückgeführt worden.<sup>118</sup> Dabei war und ist nicht abschließend definiert worden, wie weit die Basis der Bewegung reichte und inwieweit diese insgesamt erfassbar ist: „In der Literatur gibt es keine einheitliche Ansicht darüber, ob die KPD-Wähler überhaupt zu den Kommunisten zu zählen sind, oder ob nur Parteimitglieder unter diese Kategorie fallen.“ Mehr noch: „Betrachtet man aber das Selbstverständnis des Einzelnen als grundlegend, so konnte auch Kommunist sein, wer nicht (mehr) der KPD angehörte und sie möglicherweise nicht einmal wählte.“<sup>119</sup>

In Anlehnung unter anderem an das von Mario Rainer Lepsius formulierte Axiom der sozialmoralischen Milieus hat Detlef Schmiechen-Ackermann den Versuch unternommen, den Stellenwert des soziokulturellen Beziehungssystems der Arbeiter/innenschaft näher zu ergründen

<sup>117</sup> Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die Komintern im Zuge ihrer Aufstandsplanung der KPD am 1. Oktober den Eintritt der KPD in beide Länderkabinette telegraphisch anordnete, um eine strategisch günstige Ausgangsbasis für die für den Oktober 1923 geplante Aktion zu schaffen. Vgl. Werner T. Angress, *Stillborn Revolution – Die Kampfzeit der KPD*, Wien 1973, S. 436 f.; Marie-Luise Goldbach, *Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918–1923*, Bonn 1973, S. 130; Wolf-Dietrich Gutjahr, *Revolution muss sein. Karl Radek – die Biographie*, Köln / Weimar / Wien 2012, S. 585 u. 588.

<sup>118</sup> Stefan Kachel, *Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949*, Köln / Weimar / Wien 2011, S. 34; Timo Leimbach, *Parlamentarische Integration versus Stalinisierung? Die KPD-Fraktion im Landtag von Thüringen 1920–1932*, in: JHK, 2018, S. 43–60. Mit Bezug auf Sachsen: William Carl Mathews, *The Rise and Fall of Red Saxony*, in: David E. Barclay / Eric D. Weitz (Hg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York / Oxford 1998, S. 293–313; Norman LaPorte, *The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern / Berlin / Frankfurt a. M. 2003, S. 18.

<sup>119</sup> Dapp, *Kommunistische Milieus* (wie Anm. 115), S. 509 u. S. 512.

und deren mentale Eindringtiefe sowie gesellschaftliche Reichweite auszuloten.<sup>120</sup> Im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung hat sich demzufolge „entlang bestimmter konfessioneller, sozial-ökonomischer und regionaler Konfliktlinien“ in Abgrenzung zu den beiden großen, konfessionell und/oder weltanschaulich grundierten Gesinnungsgemeinschaften ein proletarisches Sozialmilieu herausgebildet und damit die Fragmentierung der Gesellschaft zementiert.<sup>121</sup> Wie jede andere Teilgruppe der Gesellschaft prägte das Proletariat unter den klassenspezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen eigenständige Lebensweisen aus – eine sozialistische „Arbeiterbewegungskultur“, die die Sphären von Politik und Alltag miteinander verknüpfte, indem sie „zwischen politischem Engagement und alltäglicher Lebenswelt“ vermittelte.<sup>122</sup>

Mit den sozialistischen Vorfeldorganisationen eröffnete sich dem „klassenbewußten Arbeiter“ eine eigene „Milieuwelt“, die sich „idealtypisch von der am Arbeitsplatz organisierten gewerkschaftlichen Interessenvertretung über den Nachbarschaftszusammenhang in einer sozialdemokratisch geführten Baugenossenschaft bis zu Freizeitaktivitäten im Arbeitersportverein, bei den Arbeitersängern oder den Naturfreunden erstreckte[.]“.<sup>123</sup> Dieses proletarische Beziehungsgefüge prägte und strukturierte einen klassenspezifischen „Kultursozialismus“, durch den, so der Befund, die „gewonnenen Sympathisanten enger an die Partei gebunden werden könnten“.<sup>124</sup> Diese „Gesinnungsgemeinschaft“

---

<sup>120</sup> Vgl. dazu die Definitionen des Milieubegriffs als analytische Kategorie von Detlef Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und proletarische Quartiersmilieus. Anpassungs- und Verweigerungsverhalten in großstädtischen Arbeitervierteln, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und Vergleichende Gesellschaftsforschung*, 9 (1999), 2, S. 43–56, hier S. 43 ff.

<sup>121</sup> Detlef Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen (= Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 47), Bonn 1998, S. 437 ff.

<sup>122</sup> Ebd., S. 441. Dazu auch Wolfgang Kaschuba, Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990, S. 31; Franz Walter / Helge Matthiesen, Milieus in der modernen deutschen Gesellschaftsgeschichte. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: Schmiechen-Ackermann (Hg.), *Anpassung – Verweigerung – Widerstand* (wie Anm. 8), S. 46–69, hier S. 51.

<sup>123</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus (wie Anm. 121), S. 441.

<sup>124</sup> Ebd.

bildete spezifische „Milieustrukturen und -agenturen“, die durch fünf Grundelemente zusammengehalten wurden:

1. kollektive Erfahrungen und Problembewältigungsstrategien am Arbeitsplatz und in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, 2. Intensive nachbarschaftliche Bindungen in industriell und arbeiterkulturell geprägten Arbeiterwohnquartieren, 3. Kollektive Formen der Freizeitgestaltung in den Vereinen der Arbeiterbewegungskultur, 4. Die Bindung an spezifische, aus der Tradition der Arbeiterbewegung heraus entwickelte und in der Familie von Generation zu Generation weitervermittelte weltanschauliche Deutungsmuster [...], 5. Eine spezifische proletarische Fest- und Feiertagskultur.<sup>125</sup>

Infolge einer „Ausdifferenzierung des Organisationsnetzes und d[er] Ausdehnung des Personalbestandes“ hätten die Arbeiter/innenmilieus in der Weimarer Republik sogar noch „an Dichte, Stabilität, an Bindekräften, auch an materiellen Ressourcen und nicht zuletzt an weiter Resonanz“ hinzugewonnen und damit ermöglicht,

im größeren Umfang mit der Sozialisation der Kinder zu beginnen, die Frauen aktiv zu integrieren, Wohlfahrtsleistungen zu erbringen, fürsorglich tätig zu werden und sich eine eigene Infrastruktur [...] zu schaffen. Die Organisation und ihre Freizeitangebote wurden unentbehrlich, nicht nur für die sozialistischen Aktivisten, sondern auch Arbeiter, die von Erfurter und Heidelberger Programmen nichts verstanden und sich für die Flügelskämpfe in SPD und KPD nicht interessierten. Ihre ideologische Bindung reichte nicht tief, aber die Bindung im Milieu war da und hielt – durch die Vereine.<sup>126</sup>

In zahlenmäßiger Hinsicht spielten die beiden großen Linksparteien „keine dominierende Rolle“ in den sozialistischen Milieus. Eine quantitative Gewichtung der Organisationen des sozialistischen Arbeiter/innenmilieus nach dem Drei-Säulen-Modell – Gewerkschaften, Parteien sowie Milieuvereine einschließlich Genossenschaften – ergibt für das

<sup>125</sup> Ebd., S. 445.

<sup>126</sup> Walter / Matthiesen, Milieus in der modernen deutschen Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 122), S. 51.

Jahr 1932 folgende Relationen: rund 3,5 Mio. Mitglieder Freier Gewerkschaften gegenüber rund 332.000 der *Revolutionären Gewerkschafts-  
Opposition* (RGO); etwa eine Million SPD-Mitglieder gegenüber 360.000 (bei 252.000 Abgerechneten) auf Seiten der KPD; rund drei Millionen Genossenschaftler/innen; 543.000 sozialdemokratische und 153.000 kommunistische Freidenker; 600.000 Mitglieder von Arbeiter/innen-Jugendorganisationen sozialdemokratischer Ausrichtung gegenüber 65.000 mit kommunistischen Affinitäten; 1.280.000 im Arbeiter/innensport Aktive mit sozialdemokratischer Einstellung im Verhältnis zu etwa 113.000 Aktiven mit kommunistischen Bindungen.<sup>127</sup> Dabei war die Politik der KPD einerseits auf die Abspaltung vom traditionellen Milieuzusammenhang angelegt, zielte andererseits aber auch auf die Absorption der gewachsenen Milieubindungen ab, indem sie „konkret auf bestimmte ideologische Gehalte der traditionellen sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft“ rekurrierte.<sup>128</sup> Sowohl in der „sozialdemokratischen Solidargemeinschaft“ als auch in der kommunistischen Gesinnungsgemeinschaft bildeten die Funktionäre der Parteien und ihrer Nebenorganisationen ein „sich ausbildendes Gravitätszentrum innerhalb des sozialistischen Milieus“.<sup>129</sup>

In den „idealtypisch rekonstruierten Milieus“ besetzten die Wähler/innen der Linksparteien die „eher angelagerten Randbereiche[.]“. Im Wähler/innenlager war zunächst „eine gewisse Präferenz für die sozialistische Gesinnungsgemeinschaft“ vorhanden, ebenso „eine gewisse Affinität zum sozialistischen Milieu“.<sup>130</sup> Strukturell ausdifferenziert, existierte im letzten Jahr der Weimarer Republik demnach eine sozialis-

---

<sup>127</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus (wie Anm. 121), S. 756. Vgl. auch Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt a. M. 1980; Wilfried van der Will / Rob Burns, Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik. Eine historisch-theoretische Analyse der kulturellen Bestrebungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1982; dies. (Hg.), Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik. Texte – Dokumente – Bilder, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1982.

<sup>128</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus (wie Anm. 121), S. 456.

<sup>129</sup> Ebd. Vgl. auch Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus (wie Anm. 87), S. 364 ff.

<sup>130</sup> Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus (wie Anm. 121), S. 457.

tische *Milieubasis* (Mitglieder der Arbeiterkultur- und -sportvereine sowie sozialistische Genossenschaften) in einer Größenordnung von vier bis fünf Millionen Angehörigen, dazu ein aktiver *Milieukern* der Funktionäre der Parteien einschließlich der Akteure in den Milieuvereinen, von denen etwa 40–60.000 der KPD und 200.000 der SPD nahestanden. Dem Randbereich des sozialistischen Milieus, dem sozialistischen Wähler/innenlager, werden insgesamt rund 13,3 Millionen Stimmgeber/innen zugerechnet.<sup>131</sup>

Solch imposante Dimensionen formaler Zustimmung sagen an sich nichts über die mentalen Dispositionen und Bewusstseinslagen in der Arbeiter/innenbewegung aus. Tiefverwurzelte Überzeugungen (Stichwort „Klassenbewusstsein“), die das Handeln der Akteure motivieren, werden durch bloße Quantifizierungen natürlich nicht reflektiert. In einer qualitativen Studie hat Erich Fromm auf empirischer Grundlage die Bewusstseinsstrukturen der unteren und mittleren Gesellschaftsschichten bis 1932 untersucht und kam dabei zu einem ambivalenten Ergebnis:

Auf der einen Seite scheint die tatsächliche Stärke der linken Parteien weit geringer gewesen zu sein, als es sich zahlenmäßig auf den ersten Blick vermuten ließ. Auf der anderen Seite gab es jedoch einen festen Kern höchst zuverlässiger Kämpfer, der groß genug war, um die weniger Militanten unter bestimmten Bedingungen mitzureißen, nämlich dann, wenn eine fähige Führung und eine richtige Einschätzung der politischen Lage vorhanden waren.<sup>132</sup>

Die Grundsubstanz jener Linken, „die mit der sozialistischen Linie sowohl im Denken als auch im Fühlen übereinstimmten“,<sup>133</sup> wird hierbei auf 15 Prozent (antiautoritär) veranschlagt, 20 Prozent wiesen demnach eindeutig autoritäre Charakterstrukturen auf. Die Übrigen werden als

<sup>131</sup> Ebd. S. 457 u. 758. Zu den Parteipräferenzen des linken Wähler/innenlagers von 1919 bis 1932 vgl. Potthoff, *Freie Gewerkschaften und sozialistische Parteien* (wie Anm. 44), S. 53 f.

<sup>132</sup> Erich Fromm, *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung* [1980], in: Wolfgang Bonß (Hg.), *Erich Fromm Gesamtausgabe* in zwölf Bänden, München 1999, Bd. III, S. 1–224, hier S. 189.

<sup>133</sup> Ebd.

ambivalent eingeschätzt, wobei die politischen Einstellungen bei den Kommunisten durchweg konsistenter erscheinen als bei den Sozialdemokraten. Der offen-autoritäre Typus war unter den Kommunisten demnach weniger verbreitet als der rebellisch autoritäre. Bei der Analyse sowohl der engagierten Funktionäre und der eher weniger aktiven Mitglieder als auch jener der bloßen Wähler/innen ergaben sich indes deutliche Abweichungen. Der in den sozialdemokratischen wie den kommunistischen Lagern anzutreffende autoritäre Typus war zwar bei den einfachen Parteimitgliedern im Verhältnis zu den Funktionären jeweils zahlreicher und auch unter den Wähler/innen wesentlich stärker vertreten; in der Autoritätsskala wiesen diesbezüglich aber die Kommunisten die größten Unterschiede zwischen Funktionären und Wählern auf.<sup>134</sup>

## Aufspaltung der kommunistischen Bewegung

Ohne Zweifel ist die Geschichte des Kommunismus gelegentlich noch dazu geeignet, zumindest in wissenschaftlichen Kreisen fachliche Kontroversen auszulösen. Umso mehr kann es überraschen, dass trotz des ungebrochenen Forschungsinteresses und ungeachtet der angeblichen „Pluralisierung der methodischen Ansätze, der empirischen Befunde und der vorgelegten Interpretationen“<sup>135</sup> weiterhin enorme Erkenntnisdefizite bestehen, die insbesondere auf die Fokussierung auf die Parteigeschichte sowie im Allgemeinen auf die erkenntnisleitenden Untersuchungsmethoden beziehungsweise Forschungsansätze zurückgeführt werden können. Wenn sich Studien dem Kommunismus der Zwischenkriegszeit widmen, so ist die Perspektive in der Regel allein auf die KPD als Partei gerichtet, die als singulärer Bezugspunkt somit *pars pro toto* für das Phänomen überhaupt genommen wird. Inzwischen steht die KPD quasi synonym für *den* Kommunismus in der Weimarer Repu-

---

<sup>134</sup> Ebd., S. 190.

<sup>135</sup> Andreas Wirsching, „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ, 45 (1997), 3, S. 449–466, hier S. 449.

blik.<sup>136</sup> Für die auffällige Ausblendung der Nebenströmungen sind freilich Verdrängungsleistungen erforderlich. Selbst in den Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Arbeiter/innenbewegung wird gewöhnlich ein Faktum nicht unterschlagen: „Die KPD war im April 1920 indessen nicht mehr die einzige kommunistische Partei in Deutschland.“<sup>137</sup> Die anfangs sogar stärkere linke Opposition, von der sich die KPD (Spartakusbund) im Oktober 1919 auf dem Heidelberger Parteitag unter Anwendung verfahrenstechnischer Tricks formell trennte,<sup>138</sup> konstituierte sich Anfang April 1920 zur *Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (KAPD). Damit war die organisatorische Verselbständigung einer bereits seit den Anfängen der Partei existierenden Opposition manifest geworden. Die neue Parteikonkurrenz hinterließ in den vormaligen Hochburgen der KPD in Hamburg und Berlin nahezu ausgeräumte Ortsgruppen. Insgesamt verlor die KPD (S) über die Hälfte ihrer Mitglieder an die Linkskommunisten. Damit zeigte sich, dass der auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 / Anfang Januar 1919 ausgehandelte Kompromiss zur Vereinigung der beiden initiativen Kerngruppierungen, des *Spartakusbunds* mit den *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD), fragil und nicht

<sup>136</sup> In der Studie von Eumann wird z. B. die KAPD nirgends erwähnt. Der Verfasser belässt es bei der Polemik gegen den Linkskommunisten Otto Rühle (1874–1943), den er für jene Abweichung von der von ihm anscheinend als einzig gangbar erachteten Generallinie der KPD verantwortlich macht, „die später Methode werden sollte, nämlich die Denunzierung jeglicher Zugeständnisse an die Realität“. Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 184. Über solcherart „hohle Arroganz“ gegenüber linken Protagonisten, die seinerzeit ihr Leben einsetzten und dafür Gefängnis riskierten oder exilieren mussten, hat sich vor Jahrzehnten entsetzt: Erhard Lucas, *Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, Frankfurt a. M. 1976, S. 261. Zur Rolle Rühles in der antiautoritären Arbeiter/innenbewegung vgl. u. a. Gottfried Mergner, *Arbeiterbewegung und Intelligenz*, Starnberg 1973.

<sup>137</sup> Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924* (= *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*; Bd. 9), Berlin / Bonn 1984, S. 347. Zur KAPD vgl. ebd. S. 347 ff. und S. 502 ff.

<sup>138</sup> Die Position der KPD (S) nachvollziehend: Marcel Bois / Florian Wilde, „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 6 (2007), 2, S. 33–46.

von Dauer war.<sup>139</sup> Schon während des Krieges hatten die Linksradikalen für eine wirtschaftliche und politische Einheitsorganisation auf der Grundlage einer betriebsbezogenen Basisorganisation plädiert. Der andauernde Disput über die maßgebenden Grundprinzipien einer sozialrevolutionären Bewegung ließ sich innerhalb der KPD (S) nicht austräumen und wurde deshalb außerhalb ausgetragen.<sup>140</sup>

Konkrete Streitpunkte waren nach wie vor die Beteiligung an den Parlamentswahlen, das Primat des Rätekonzepts sowie die Einstellung zu den Freien Gewerkschaften. Dazu kam die wechselhafte Haltung der Parteileitung in der Frage des Generalstreiks während des Kapp-Putsches Mitte März 1920. Während die KPD (S) – entsprechend der taktischen Vorgaben der Komintern – für die Reichstagswahlen und für ein Engagement ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften optierte, setzte die KAPD auf die im Zuge der Generalstreikbewegung im Ruhrgebiet entstandenen *Arbeiterunionen* und konnte sich dadurch eine Massenbasis von bis zu 200.000 Anhängern sichern.<sup>141</sup> Aufgrund der exklusiven 21 Aufnahmebedingungen, die das Plenum des II. Weltkongresses der

---

<sup>139</sup> Die „Linksradikalen“ – neben einigen anderen lokalen Trägergruppen die „Bremer Linksradikalen“ um die Zeitung „Arbeiterpolitik“, die von Julian Borchardt organisierte linksradikale Berliner Zeitungsgruppe „Lichtstrahlen“ sowie die Hamburger Linksradikalen um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim – hatten sich Ende 1915 zusammengeschlossen, zunächst als Internationale Sozialisten Deutschlands, sodann seit November als Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD). Im Unterschied zu der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angeführten „Spartakusgruppe“ traten die „Linksradikalen“ für einen entschiedenen Bruch mit den Mehrheitssozialdemokraten ein. Als herausragender Kopf und Sprecher der „Linksradikalen“ fungierte der Niederländer Anton Pannekoek (1873–1960). Zu den „Linksradikalen“ vgl. Volker Ullrich, Die frühe Opposition in der Hamburger Arbeiterbewegung 1914/15, in: IWK, 28 (1992), 2, S. 210–222; Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993, S. 66 ff. u. S. 87 ff.; Hermann Weber, Einleitung in: ders., (Hg.), Die Gründung der KPD (wie Anm. 106), S. 9–48; Werner Müller, Die KPD in ihrem ersten Jahr, in: Alexander Gallus (Hg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 160–186; Gerhard Engel, The International Communists of Germany, 1916–1919, in: Hoffrogge / LaPorte (Hg.), Weimar Communism as Mass Movement (wie Anm. 64), S. 25–44, hier S. 40 f.

<sup>140</sup> Vgl. u. a. Peter Nettel, Rosa Luxemburg, Frankfurt a. M. / Wien / Zürich 1965, S. 674 ff.; Gerhard Engel, Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S. 392–402; Gutjahr, Revolution muss sein (wie Anm. 117), S. 380 ff.; Philippe Bourrinet, The Dutch and German Communist Left (1900–68). 'Neither Lenin nor Trotsky nor Stalin!' – 'All Workers Must Think for Themselves!', Leiden / Boston 2017, S. 77–81.

Komintern am 6. August 1920 festgelegt hatte, kam eine Einigung der beiden jeweils parteinahen unionistischen Strömungen im September 1921 nicht zustande.<sup>142</sup>

Demgegenüber waren dem von der KPD betriebenen, letzten Endes auf die innere Übernahme der Gewerkschaften abzielenden Entrismus keine gravierenden Erfolge beschieden. Zwar dominierten kommunistische Einflussgruppen in einigen Branchenvertretungen einzelne Verbände, aber selbst wenn die kommunistischen Fraktionen zum Beispiel in der größten Einzelgewerkschaft innerhalb des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB), dem *Deutschen Metallarbeiter-Verband*, in einigen Ortsausschüssen über eine solide Mehrheiten verfügten, konnten sie jedoch weder in diesen selbst noch, über diese hinausgehend, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung insgesamt ihren Minderheitsstatus überwinden.<sup>143</sup> Auch wenn der Umstand berücksichtigt wird, dass im Funktionärsapparat der Mitgliederorganisationen des ADGB die engagierten KPD-Mitglieder in den unteren Ebenen überrepräsentiert waren, musste sich die kommunistische Gewerkschaftszentrale in puncto „Eroberung der Gewerkschaften von innen“ wohl oder übel einen Fehlschlag eingestehen. Allein die Zahlen des Jahres 1927 sprachen für sich: Unter Einbeziehung der Nichterwerbstätigen waren zwar beachtliche 61,7 Prozent der KPD-Mitglieder gewerkschaftlich organisiert, unter den 4.150.160 im ADGB organisierten Arbeiter/innen und Angestellten bildete die Kohorte von rund 70.000 eingeschriebenen

<sup>141</sup> Zur Fragmentierung der kommunistischen Bewegung und deren wechselhaften Verhältnis zu den Freien Gewerkschaften vgl. Larry Peterson, *German Communism* (wie Anm. 66). Zur Entstehung der Allgemeinen Arbeiterunion (AAU) und der daraus hervorgegangenen Allgemeinen Arbeiterunion – Einheitsorganisation (AAU-E) vgl. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* (wie Anm. 139), S. 188–224.

<sup>142</sup> Während die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) (UdHuK) der KPD nahestand, gehörte die Allgemeine Arbeiter Union (AAU) zum Wirkungskreis der KAPD. Reiner Tossorff, Profintern. *Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937*, Paderborn u. a. 2004, S. 417.

<sup>143</sup> Werner Müller, *Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933*, Bonn 1988, S. 48 ff.

KPD-Mitgliedern jedoch nur eine statistische Marginalie von 1,72 Prozent.<sup>144</sup>

Um einen betrieblichen Einfluss überhaupt noch aufrechterhalten zu können, verfolgte die KPD phasenweise eine zweigleisige Strategie: Neben dem Aufbau von freigewerkschaftlichen Oppositionskernen, der das Ziel verfolgte, die „reformistischen“ Führungsgremien darin zu neutralisieren, wurden jene noch (formal) selbständigen, teilweise syndikalistischen und räteaffinen Organisationen, auf die man – ungeachtet Lenins Invektiven gegen den Linksradikalismus als „Kinderkrankheit des Kommunismus“ (1920) – angewiesen war, toleriert. Zu diesen Organisationen gehörte mit ca. 150.000 Mitgliedern im Jahr 1921 die insbesondere unter den Bergarbeitern im Ruhrgebiet erfolgreiche *Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)* (UdHuK)<sup>145</sup> oder der *Deutsche Schifffahrtsbund* (1920/21 ca. 10.000–12.000 Mitglieder).<sup>146</sup> Beide schlossen sich zwar der *Roten Gewerkschaftsinternationale* (RGI) an, kamen jedoch erst 1925 den Anweisungen zur Fusionierung mit den freigewerkschaftlichen Branchenverbänden nach. Nach der Auflösung der bis dahin formal selbständigen oppositionellen Radikalgewerkschaften im Zuge ihrer Integration in den ADGB folgten bis Ende 1925 nach Angaben der Politischen Polizei etwa 170.000 bis 180.000 Mitglieder dem obligatorischen Eintrittsgebot in die Freien

---

<sup>144</sup> Vgl. Eumann, *Eigenwillige Kohorten der Revolution* (wie Anm. 56), S. 297 f.

<sup>145</sup> Die UdHuK ging ihrerseits aus der von der anarcho-syndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands abgespaltenen Freien Arbeiter-Union – Gelsenkirchener Richtung hervor. Vgl. Stefan Goch, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975*, Düsseldorf 1990, S. 276–286; Jochen Weichold, *Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) – ein fast vergessenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, I/2005, S. 99–106; Berens, *Die „Atomisierung“ der KPD* (wie Anm. 80), S. 74–98. Zeitweilig soll die UdHuK bis zu 250.000 Bergleute und Metallarbeiter organisiert haben. Realistischer erscheint indes eine Zahl zwischen 120.000 und 150.000. Vgl. ebd., S. 80 u. S. 82.

<sup>146</sup> Hartmut Rübner, *Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus* (= *Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte*; Bd. 5), Berlin / Köln 1994, S. 90–123.

Gewerkschaften. Der kommunistische Anteil im ADGB wäre dadurch schätzungsweise von 1,4 auf etwa fünf Prozent gestiegen.<sup>147</sup>

Freilich gelang dem parteiförmigen Kommunismus niemals die Absorption sämtlicher Anteile des militanten Betriebsradikalismus. Nach Erhard Lucas standen sich im deutschen Arbeiterradikalismus grundsätzlich zwei unterschiedliche Typen gegenüber, die sich unter sozio-ökonomischen und soziokulturellen Gesichtspunkten wesentlich unterschieden und sich nur schwer miteinander verbinden ließen: der *Remscheider* und der *Hamborner Typus*. Im in der Klein- und Mittelindustrie des Bergischen Landes vorherrschenden *Remscheider Typus* überwiegen berufsstolze Facharbeiter, die eher langfristige Lebensperspektiven verfolgten und die oftmals über langjährige Erfahrungen mit gewerkschaftlichen Aushandlungsprozessen verfügten; von daher wiesen sie meist ein kontinuierliches Organisationsverhalten auf. Dagegen besaß der vor allem im Bergbau anzutreffende, vielfach aus ländlichen Regionen in das westliche Ruhrgebiet zugewanderte *Hamborner Typus* ein distanzierteres Verhältnis zur formellen Organisation. Er zielte vielmehr auf unmittelbar erreichbare Forderungen ab, war insgesamt mehr streik- als organisationsaffin und präferierte syndikalistische Aktionsformen.<sup>148</sup>

Deshalb war letzterer, der konfliktbereite *Hamborner Typus*, weder an der „betriebsabgewandte[n] ‚Zähmungspolitik‘ der etablierten Gewerk-

<sup>147</sup> Nach Angaben der politischen Überwachungsbehörden vom 1.2.1926, in: Staatsarchiv Bremen, 4,65/268, Bl. 202. Es integrierten sich die von der Politischen Polizei zahlenmäßig sicher zu gering eingestuften UdHuK Gruppen Bergbau (14.000) und Metall (6.683) sowie der Deutsche Schifffahrtsbund (1.400). Dazu kamen: Freie Eisenbahner-Verband (9.000), Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter (18.000), Verband der oppositionellen Buchdrucker (3.000), Verband der Chemiarbeiter Ludwigshafen (11.000), Verband der Land- u. Waldarbeiter (2.500), Bekleidungsarbeiterverband (4.000). Nach Angaben der RGI summierte sich die Mitgliederzahl der oppositionellen Gewerkschaften innerhalb des ADGB im Jahr 1928 auf 72.083. Vgl. Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. / New York 1983, S. 435 (Anm. 460).

<sup>148</sup> Lucas, Zwei Formen von Radikalismus (wie Anm. 136), S. 250–256 u. S. 279–287; Welskopp, Arbeit und Macht im Hüttenwerk (wie Anm. 79), S. 21. Allgemein dazu: Larry Peterson, The One big Union in International Perspective: Revolutionary Industrial Unionism 1920–1925, in: Labour / Le Travail, 7 (1981), S. 41–66.

schaften<sup>149</sup> interessiert, noch ohne weiteres in eine zentralistisch von oben gesteuerte Organisationshierarchie integrierbar – und sicher nur schwer in eine nach „bolschewistischen“ Prinzipien straff disziplinierte Kaderpartei. Dem Unvereinbarkeitsbeschluss des Zentralausschusses der KPD, demzufolge jedem Mitglied der Ausschluss drohte, das nach dem 1. Februar 1925 nicht einer der für ihn/sie zuständigen ADGB-Gewerkschaft angehörte, widersetzte sich immerhin ein Teil jener Basis, der stattdessen – unter Führung ehemaliger KPD-Funktionäre – eine Reihe von eigenständigen *Industrieverbänden* in verschiedenen Branchen bildete. Diese erst ansatzweise erforschten *Revolutionären Industrieverbände* zählten Ende der zwanziger Jahre zwischen 40.000 und 50.000 Angehörige. Die RGO dagegen nahm die aufgrund der rigiden Ausschlusspraxis der Freien Gewerkschaften daraus geschassten Oppositionellen auf.<sup>150</sup> Mit den im Zuge der weiteren RGO-Politik in diversen Wirtschaftsbranchen ab 1930/31 gegründeten *Roten Einheitsverbänden* setzte die Gewerkschaftszentrale der KPD den *Industrieverbänden* ab 1930 eine selbständige Konkurrenz entgegen. Neben den *Einheitsverbänden* der KPD existierte die parteiunabhängige Basisbewegung der *Industrieverbände* noch bis 1933.<sup>151</sup>

Der aktuelle Fokus auf den Parteikommunismus hat also nicht nur oftmals die zweite kommunistische Partei neben der KPD ausgeblendet, sondern vielmehr auch jene Strömungen, die sich nicht vorrangig als Gewerkschaften, sondern als basisorientierte Räte- bzw. Betriebsorganisationen oder als wirtschaftspolitische Einheitsorganisationen verstanden. Mit diesem Anspruch behaupteten sie eine allerdings stets

---

<sup>149</sup> Welskopp, Arbeit und Macht im Hüttenwerk (wie Anm. 79), S. 641.

<sup>150</sup> Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1977, S. 222 ff.; Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD (wie Anm. 147); Andersen, „Lieber im Feuer der Revolution sterben (wie Anm. 80), S. 263 ff.; Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht (wie Anm. 143), S. 69 ff.

<sup>151</sup> Otto Langels, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe „Kommunistische Politik“ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928, Frankfurt a. M. u. a. 1984, S. 180–200; ders., Die revolutionären Industrieverbände. Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik zwischen Freien Gewerkschaften und KPD, in: AGWA, 10 (1989), S. 41–60.

gefährdete und daher kaum gefestigte autonomistische Stellung gegenüber ihren affilierten „Mutterparteien“. Bis zur relativen Stabilisierung der Weimarer Republik ab 1924 wäre demnach auch das unionistische Lager in eine Gesamtdarstellung des zeitgenössischen Kommunismus einzubeziehen. Seit Mitte der zwanziger Jahre gehörten dazu auch die erwähnten *Industrieverbände*.

# express

ZEITUNG FÜR

SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



- **Abgetreten?** Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Alternativlos?** Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- **Absurd?** Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Ausgedient?** Nachrichten vom »Waren-Leben im Falschen« im »Betriebsspiegel«
- **Anachronistisch?** Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- **Antizyklisch?** Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

## Probeexemplar gewünscht?

Einfach per Mail oder telefonisch bestellen

10 Ausgaben im Jahr – kompakte Hintergrundinformationen zu aktuellen, brisanten Themen der Arbeitswelt weltweit



Redaktion express  
Niddastraße 64  
60329 Frankfurt

Tel. (069) 67 99 84  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)  
[www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)

# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub

universitäts  
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/77535

**URN:** urn:nbn:de:hbz:465-20230405-130907-1

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 34 (2023), S. 73-121



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.